

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 37. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 11 2002

Asylrecht wird zur Farce

Démocrate  Suisse
Pages 13–15
 Ja zur Asyl-Initiative



*Bernhard Hess,
Nationalrat,
SD-Zentral-
sekretär, Bern*

Am 24. November stimmen wir über die eidgenössische Volksinitiative der SVP gegen den Asylmissbrauch ab.

Das wichtigste Instrument der Initiative ist die Drittstaatenregelung: Wenn Asylsuchende über einen sicheren Drittstaat (in erster Linie unsere direkt angrenzenden Nachbarländer), in dem sie bereits ein Gesuch hätten stellen können, in die Schweiz einreisen, so wird auf ihr Gesuch nicht eingetreten. Damit wird die faktisch – aber völkerrechtlich nicht bestehende – freie Wahl des bevorzugten Asyllandes aufgehoben. Nichteintreten auf ein Asylgesuch bedeutet, dass die protokollierte Begründung des Asylgesuches vom Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) nicht auf ihre Asylrelevanz hin geprüft wird und folglich eine Asylgewährung ausgeschlossen ist. Somit werden zeitlich kürzere und kostengünstigere Verfahren möglich.

Kostspieliger Leerlauf

Die Gewährung von Schutz an Flüchtlinge und vorübergehend Verfolgte hat in unserem Land eine lange Tradition, über die auch heute ein breiter gesellschaftlicher Konsens besteht. Dass unser Land

und seine Bevölkerung bereit sind, in aussergewöhnlichen Situationen auch aussergewöhnliche Leistungen zu erbringen, hat sich letztmals im Zusammenhang mit der Flüchtlingswelle während des Kosovo-Krieges gezeigt. Trotzdem ist es angebracht, das heutige Asylverfahren grundsätzlich zu hinterfragen.

Tiefe Anerkennung

Im Jahr 2001 stellten 20'633 Personen, das heisst etwa die Bevölkerungszahl von Burgdorf/BE, in der Schweiz ein Asylgesuch. Im gleichen Zeitraum wurde aber lediglich 2253 Personen Asyl in der Schweiz gewährt. Von diesen 2253 Personen erhielten 1506 Personen das Asyl im Rahmen des Familiennachzuges, was keine Verfolgung dieser Personen voraussetzt. Somit wurde letztes Jahr nur bei 747 Personen eindeutig eine asylrelevante Verfolgung festgestellt (was einer Anerkennungsquote von 3,6% in Bezug auf die eingewanderten 20'633 Personen entspricht). Demgegenüber betrug der finanzielle Aufwand für das Asylwesen allein auf Bundesebene im Jahre 2001 883 Millionen Franken! Angesichts dieser Zahlen sind die Mehrheit der Ausländer, die heute das Asylverfahren durchlaufen, offensichtlich Menschen, die lediglich auf der Suche nach besseren Lebensmöglichkeiten, nach neuen Lebensperspektiven oder einfach nach Arbeit sind. Die Hauptgruppe der Asylsuchenden fällt somit nicht unter den Flüchtlingsbegriff der Genfer Flüchtlingskonvention. Für gewöhnliche Einwanderer trägt die Schweiz jedoch keine völkerrechtlichen Schutzverpflichtungen im

Sonderspende gegen den Asylmissbrauch

Unsere Nachbarstaaten verschärfen ihr Asylrecht massiv. Die Folge: immer mehr Illegale und dreiste Einschleicher. Und was macht der Bundesrat? Er macht immer nur leere Versprechungen. Zudem missbrauchen Bundesrat und Bundesverwaltung Steuergelder. Die Schweizer Flüchtlingshilfe zwingt sogar Hunderttausende von Spendenfranken ab für den Abstimmungskampf – ohne die Spender zu fragen.

Die Etablierten werden nervös, denn eine Umfrage belegt, dass die Volksinitiative «gegen den Asylmissbrauch» im Volk durchaus eine Chance hat. Jetzt gilt es, nochmals mit ganzer Kraft gegen das Asylchaos zu kämpfen. Noch hat es auf dem SD-Sekretariat Flugblätter, Klein- und Weltformatplakate, welche wir selbstverständlich kostenlos zur Verfügung stellen (vgl. Talon auf Seite 16). Um der Initiative gegen den Asylmissbrauch zum Durchbruch zu verhelfen, müssen wir auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Wir sind dringend auf Ihre Spende angewiesen. Für Ihren wertvollen Einsatz gegen Kriminal-Tourismus und das unerträgliche Asylchaos danken wir ganz herzlich.

Ihre SD-Parteileitung

Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention.

Ende Juni 2002 hielten sich ungefähr 93'000 «Personen des Asylbereichs» in der Schweiz auf. Richtigerweise müssen dazu noch jene 41'500 Ausländer gezählt werden, die seit dem Jahr 2000 aus der Asylstatistik herausgenommen wurden und deren Aufenthalt ausländerrechtlich (humanitäre und andere fremdenpolizeiliche Bewilligung) geregelt ist. Von 1992 bis und mit Budget 2002 wurde für den Asylbereich allein auf Bundesebene die unglaubliche Summe von 10,3 Milliarden Franken ausgegeben. Das heutige Asylverfahren erweist sich als kostspieliger Leerlauf.

Innere Sicherheit gefährdet

Die Schweiz leidet unter der modernen Form der Völkerwanderung, die sich Asilmigration nennt. Bei diesen Migranten, die in ihren Heimatländern in der Regel zur Mittelschicht gehören – andernfalls könnten sie sich die teure

Reise in die Schweiz gar nicht leisten – ist es auch verfehlt, von Armutsflüchtlingen zu reden.

Die Asilmigranten sind oft alles andere als harmlos. Leider stecken die zuständigen Asylbehörden

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Wie ernst kann man diese SVP nehmen?
- 3 Das Volk soll entscheiden
- 4 Warum braucht es die Asyl-Initiative
- 6 Leben und Umwelt
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 10 Expo.02: Positive Schweizer Werte fehlten
- 11 Der Leser hat das Wort

Ihr Ja am 24. November 2002 bewirkt:

1. Wer aus einem sicheren Land einreisen will, wo er bereits Asyl erhalten hat oder hätte erhalten können, erhält in der Schweiz als Asylbegehrender kein Asyl.
2. Fluggesellschaften, welche durch Unterlassen genügender Kontrollen die illegale Einwanderung begünstigen, werden mit Sanktionen belegt.
3. Die Fürsorgeleistungen an Asylbewerber werden vereinheitlicht, solche an illegale Einwanderer und abgewiesene Asylsuchende auf ein Minimum reduziert.

Asylrecht wird zur Farce

Fortsetzung von Seite 1

diesbezüglich den Kopf in den Sand. So verhalten die Richter der Asylrekurskommission (ARK) einem islamischen Fundamentalisten der algerischen FIS zum Asyl in der Schweiz. Die ARK hat auch entschieden, dass ein libanesischer Mörder, der in seinem Heimatland zum Tode verurteilt wurde, nicht in den Heimatstaat zurückgeschickt werden darf; er befindet sich in der Schweiz auf freiem Fuss. Es ist offensichtlich, dass unsere humanitäre Tradition wegen dieser verantwortungslosen «Asylrechtssprechung» zu einem selbstzerstörerischen Humanitarismus pervertiert ist.

In diesem Jahr macht eine steigende Zahl Asylsuchender aus westafrikanischen Staaten zu schaffen. Teilweise sind diese jungen Männer als Drogenhändler aktiv. Das BFF stuft von den bisher 3000 Asylsuchenden, die aus diesen Teilen Afrikas stammen, 1000 bis 1500 als Sicherheitsrisiko ein.

Vorteile der Drittstaatenregelung

Nach der Einführung der Drittstaatenregelung in Deutschland fand ein markanter Rückgang der Asylbewerberzahlen von 438'000 Personen (1992) auf ungefähr jeweils 100'000 Personen (2000) pro Jahr statt. Es ist davon auszugehen, dass bei Annahme der Initiative die Zahl der Asylsuchenden jährlich im Durchschnitt unter 10'000 Personen fallen wird. Dieses Jahr werden wir aber mit 20'000 bis 25'000 Gesuchen rechnen müssen. Zwar wird von den Gegnern behauptet, das Non-Refoulement-

Gebot der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) gebiete es, dass trotz des Nichteintretens auf das Asylgesuch in jedem Fall abgeklärt werden müsse, ob dem Ausländer bei einer Rückkehr in sein Heimatland unmenschliche Behandlung im Sinne von Artikel 3 EMRK drohe. Bei dieser Argumentation wird aber übersehen, dass diese tatsächlich völkerrechtlich obligatorisch durchzuführende Abklärung bei Asylsuchenden, die keine Reisepapiere vorzeigen und deren Identität demnach unbekannt ist, rasch durchgeführt werden kann: Das Verheimlichen der Identität lässt nämlich auf die Unglaublichkeit der geltend gemachten Verfolgung schliessen, ist doch eine kontinentüberschreitende Reise (z.B. aus Afrika) in die Schweiz ohne Identitätsdokumente praktisch kaum zu bewältigen. Wir dürfen die Ausreden der Asylsuchenden, sie hätten den Reisepass verloren, die Heimatbehörden hätten ihn beschlagnahmt usw. nicht mehr akzeptieren, denn Staaten, die ihren Angehörigen systematisch die Reisepapiere entziehen (wie es 1999 im Kosovo geschah) sind äusserst selten. Wer heute reist, hat ein Reisepapier; wer keines vorweist, ist kein glaubwürdiger Flüchtling, sondern ein Asylmigrant.

Platz für echte Flüchtlinge

Die Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» senkt insgesamt die Attraktivität der Schweiz für Asylmigranten. Damit gewinnt die Schweiz mehr Handlungsfreiheit für den echten humanitären Einsatz. Ich empfehle deshalb, die Initiative gegen den Asylrechtsmissbrauch anzunehmen.

sogar physisch bedroht. So wurde beispielsweise ein JSVP-Sammelstand in Bern von der linksextremen Antifa vollständig verwüstet, so dass die jungen Patrioten ihre Sammelaktion abbrechen mussten.

Überhebliche und unloyale SVP-Funktionäre

Es gibt in der Schweiz wohl nur eine einzige Partei, bei der sich die Parteioberen teilweise so stark von der Parteibasis entfernt haben wie bei der SVP. Jedenfalls kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass sich beispielsweise auch nur ein Sozi gegen ein SP- oder Gewerkschaftsvolksbegehren öffentlich wenden würde. Auch bei den Freisinnigen, der CVP oder bei den Grünen wäre so etwas undenkbar. Bei uns Schweizer Demokraten jedenfalls würde, so be-

hauptete ich, jeder Amtsträger oder Funktionär – sogar wenn er der einzige amtierende SD-Nationalrat wäre, unverzüglich wegen Unloyalität aus der Partei ausgeschlossen.

Wie müssen sich aber jetzt all diese idealistischen Unterschriftensammlerinnen und -sammler mit SVP-Parteibuch fühlen, wenn ihre Parteioberen, allen voran «ihr» Bundesrat Samuel Schmid, aber auch die SVP-Frauenclique im Nationalrat (Ursula Haller, Brigitta Gadiant und Lisbeth Fehr) oder die Stadtberner SVP-Fürsorgedirektorin Ursula Begert, ihnen jetzt aus vollen Rohren in den Rücken schiessen?

Das «Sündenregister» der SVP

Seit meiner Wahl in den Nationalrat vor drei Jahren wurde ich immer wieder gefragt, weshalb ich nicht in die SVP wechseln würde? Zudem habe ich mich selber oft gefragt, ob dieser nervenaufreibende Kampf, weiterhin eine eigenständige, heimat-treue Oppositionspartei zu führen, überhaupt noch Sinn macht. Wäre es nicht sinnvoller, die SD in der SVP zu integrieren? Bisher habe ich mich mit Kritik an der SVP eher zurückgehalten. Ich hielt es für eine SVP-innerparteiliche Angelegenheit. Doch nun platzt auch mir der Kragen. Denn die Zickzackhaltung der SVP in ganz zentralen politischen Fragen füllt mittlerweile eine ganz lange Liste. Zur Beschreibung beschränke ich mich auf die laufende Legislaturperiode.

So wurde im Parlament den schweizfeindlichen **bilateralen Verträgen** mit einigen Ausnahmen zugestimmt. Die SVP-nahe AUNS verweigert die Ergreifung des Referendums und verhindert den Versand von Referendumsunterschriftenbogen. Erst als die Basis in einer denkwürdigen AUNS-Hauptversammlung 1999 grossmehrheitlich die Nein-Parole durchsetzt, schwenken einige SVP-Aktivistinnen um. Viel zu spät. Die Referendumsabstimmung gegen die bilateralen EU-Verträge geht ehrenvoll verloren.

Kurz darauf beschliesst zwar die schweizerische SVP-Delegiertenversammlung die Unterstützung der **18%-Ausländer-Initiative**. Doch auch hier gibt es Rückenschüsse. Allen voran Christoph Blocher, die wirtschaftsverbandelte Zürcher SVP, wohl weiterhin auf billige ausländische Arbeitskräfte hoffend, und die liberale Berner SVP bekämpfen die Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung» mit dem Resultat, dass auch dieses wichtige Volksbegehren an der Urne keine Chance hat.

Im vergangenen Jahr wendet sich eine Mehrheit der SVP gegen **Auslandsentsätze von Schweizer Armeangehörigen**. Doch bereits hier spielt der frischgewählte SVP-Bundesrat Samuel Schmid (ganz in der Tradition seines Vorgängers

Adolf Ogi) eine zweifelhafte Rolle. Mit Hilfe von viel Steuergeld werden die Auslandsentsätze gegen das Engagement von Christoph Blocher durchgeboxt. Entscheidend war hier die Ja-Parole der Berner SVP. So ging auch diese Referendumsabstimmung, wenn auch äusserst knapp, verloren.

Anfang dieses Jahres konnte über den verhängnisvollen **UNO-Vollbeitrag** abgestimmt werden. Auch hier spielten SVP-Bundesrat Schmid und die Berner SVP eine höchst zweifelhafte Rolle. Anfänglich stellten sich etwa 30 Berner Grossräte gegen den UNO-Beitritt. Dann aber lud SVP-Bundesrat Samuel Schmid seine SVP-Grossratsuntertanen ins VBS zu einem Apéro. Sogar die Berner SVP-Männer gleich reihenweise um. Sogar der Neo-SVPler Hans Etter wollte sich plötzlich nicht mehr gegen den UNO-Vollbeitrag engagieren. So traten dem Berner UNO-Gegnerkomitee einzig die drei SD-Grossräte Hans-Peter Riesen, Karl Brodmann und Ernst Brönnimann, Hans Gmünder von der FPS und der mittlerweile bei den SD politisierende ex-FPS-Grossrat René Liechti sowie als allereinziger SVP-Grossrat der Briener Hans Michel bei. So musste dann auch der Kampf gegen den UNO-Vollbeitrag knapp verloren gegeben werden.

Es braucht die SD!

Nun, die Ränkespiele und Rücken-schüsse der SVP-Parteioberen geben eine eindrückliche Antwort. Die Schweiz braucht weiterhin eine unabhängige, couragierte nationale Oppositionspartei, welche nicht wie die SVP im Bundesrat verhandelt ist.

Ich habe leider Hinweise, dass auch einige der rund 11'500 Abonnenten des «Schweizer Demokraten» bei den letzten kantonalen oder den vergangenen Nationalratswahlen statt die unsrige, die SVP-Wahlliste ganz oder teilweise berücksichtigt haben. Diese Wähler gilt es jetzt wieder zurückzugewinnen. In den Kantonen Bern, Aargau und Zürich sollten vier Prozent SD-Wähleranteil und somit je ein SD-Sitzgewinn wieder möglich sein. In den Kantonen Baselland und Basel-Stadt allerdings braucht es deutlich mehr, wobei dies gerade in diesen SD-Hochburgen wieder möglich ist. Wenn jetzt alle Patrioten zusammenstehen und den SVP-Unkenrufen widerstehen, werden wir wieder eine starke heimat-treue SD-Fraktion nach Bern delegieren können. Packen wir es an!

Bernhard Hess,
Nationalrat SD, Bern

Wie ernst kann man diese SVP nehmen?

Unglaublich, aber wahr: SVP-Bundesrat Samuel Schmid kämpft gegen die Asyl-Initiative seiner Partei. In einem Tagesanzeiger-Interview bezeichnet er das eigene Volksbegehren als «untauglich».

Die Lancierung eines Volksbegehrens ist für alle Parteien und Vereinigungen ein zeit- und kostenaufwändiges Unterfangen. Vor allem braucht es viel Idealismus. Auch bei der am 24. November zur Abstimmung gelangenden Initiative «gegen den Asylrechtsmissbrauch» haben Hunderte, ja Tausende von gutgläubigen Sammlerinnen und Sammlern – mit oder ohne SVP-Parteibuch – die gut 107'000 beglaubigten Unterschriften bei Sonne, Wind und Regen zusammengetragen. Nicht selten wurden sie dabei von sogenannten Gutmenschen beschimpft, verspottet oder



Wir danken F. M.
für die anonyme
Grossspende.

Armee XXI-Referendum

Das Volk soll entscheiden



Hans Steffen,
e. Nationalrat,
Fischenthal

Das politische Programm der Schweizer Demokraten (SD) für die Legislaturperiode 1999-2003 äussert sich auch zur Sicherheitspolitik unseres Landes. Diese soll sich auf die aussenpolitische Maxime der «bewaffneten Neutralität» stützen. Daraus ergeben sich «Verpflichtungen, zu deren Erfüllung wir eine kampfkraftige, gut ausgerüstete Armee benötigen, die die Fähigkeit hat, das Land wirksam zu schützen». Die von Bundesrat und Parlament verabschiedeten Vorlagen zur Reform «Armee XXI» erfüllen die politischen Forderungen der SD nicht. Deshalb unterstützen die SD die Unterschriftensammlung für das Referendum.

Einige Argumente gegen die Armee XXI (A21)

1. Bestand

Nachdem die Revision «Armee '95» den Bestand unserer Streitkräfte von rund 600'000 auf 400'000 Mann reduziert hatte, soll die neue A21 gerade noch **höchstens** 140'000 Aktive und 80'000 Re-

Anzeige

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos.

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61

servisten umfassen. Die Stufen Armeekorps, Division und Regiment verschwinden. So sollen neu nur noch 4 Infanteriebrigaden, 3 Gebirgs-, 2 Panzer-, 1 Logistik- und eine Führungsunterstützungsbrigade gebildet werden. Die Reservisten leisten keine Wiederholungs- oder Ergänzungskurse.

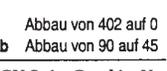
Kommentar: Die neue Bundesverfassung (BV) bestimmt in Artikel 58 als einen der Hauptaufträge der Armee: ... «sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung». Experten haben sich dahin geäussert, dass mit den geplanten Beständen gerade noch das Gebiet eines heutigen Armeekorps verteidigt werden könnte, was einem Viertel des Staatsgebiets entspricht. Ganz offensichtlich würde die A21 den Verfassungsauftrag nicht erfüllen! Von Insidern im Departement VBS war übrigens zu erfahren, dass bereits Planungen im Gange sind, welche die Bestände der Armee nochmals drastisch reduzieren wollen. Dieses Ziel liesse sich erreichen, indem in den neuen Aushebungszentren immer weniger junge Leute tauglich erklärt würden. Wo bliebe da die allgemeine Wehrpflicht? Auf der Strecke!

Übrigens eröffnet das Wort «höchstens» der künftigen politischen und militärischen Führung eben diese Möglichkeit, Bestandszahlen nach unten zu korrigieren und dies **ohne Gesetzesänderung**. Bekanntlich sind alle wichtigen Änderungen der A21 in einer «Verordnung der Bundesversammlung» geregelt. Damit unterstehen sie nicht dem Referendum. Anders ausgedrückt: Bundesrat und Parlament verzichten auf das direkt-demokratische Mitspracherecht des Volkes. Dabei weiss kaum jemand, dass diese neue Form eines Erlasses – die «Verordnung der Bundesversammlung» – neben anderem gezielt in die «nachgeführte» neue BV geschmuggelt wurde.

2. Ausbildung

Für zwei Drittel der Wehrpflichtigen soll die Rekrutenschule (RS) 21, für einen Drittel 18 Wochen dauern. Entsprechend der Länge der RS sind 6 bzw. 7 Wiederholungskurse von 19 Tagen zu leisten. So kann unter Umständen ein Soldat bereits mit 26 Jahren in die Reserve übertreten. Neu können maximal 15 Prozent eines Rekrutenjahrganges (ca. 3000 Wehrpflichtige) als sogenannte Durchdiener ihren Militärdienst am Stück in 300 statt 260 Tagen leisten. Der Bundesrat soll neu die Ausbildung den Brigaden oder sogenannten «Lehrverbänden» übertragen können. Mannschaft, Unteroffiziere (Uof) und Offiziere (Of) würden künftig nach der 7. Woche

Die Streichliste der Armee

Schützenpanzer M-113 Abbau von 1016 auf 0 bis 2006		Mirage-Aufklärer III Abbau von 20 auf 0 bis 2005	
Panzerhaubitze M-109 Abbau von 217 auf 0 bis 2004		Jet Trainer Hawk Abbau von 12 auf 0 bis 2005	
Schweizer Panzer 68/88 Abbau von 190 auf 0 bis 2004		F-5E/F Tiger Abbau von 85 auf 54 bis Einführung neues Kampfflugzeug	
Entpannungspanzer 65 /88 Abbau von 69 auf 0 bis 2008		Alouette III Abbau von 63 auf 35 bis 2004	
Brückenpanzer 68/88 Abbau von 30 auf 0 bis 2008		Weitere Waffensysteme 12cm-Minenwerfer Einheiten Mittlere Flab Abbau von 402 auf 0 bis 2004	

Quelle: VBS, Check-Point, SGN Swiss Graphics News

Grundausbildung separat ausgebildet. Angehende Offiziere absolvierten anstelle der Unteroffizierschule direkt eine Offiziersanwärterschule.

Kommentar: Bis anhin erfolgt die Ausbildung grundsätzlich über die Rekrutenschulen. Unteroffiziere und Offiziere leisten nach ihrer spezifischen Uof- bzw. Of-Schule das Abverdienen in Rekrutenschulen. Diese Ausbildungsform ist ein typisches Merkmal der schweizerischen Milizarmee. Die angestrebten Neuerungen zeigen, wie sehr sich die Planer der A21 an ausländischen Systemen orientieren.

3. Miliz

Der Assistenzdienst im Ausland bringt eine neue Kategorie von Militärpersonen. Diese tun ihren Dienst freiwillig, sind mit einem Vertrag an den Staat gebunden und besser entschädigt und versichert als normale Truppenangehörige. Auch bei Berufs-, Zeitmilitär und Durchdienern stellt sich die Frage, ob hier noch von «Miliz» gesprochen werden kann.

Auch die Ausweitung der Berufsformationen in die Bereiche Rettung, Aufklärung, Kampf und Schutz schmälern den Milizcharakter der Armee. Was die Ausstattung der Armee mit Milizoffizieren betrifft, ist die Verordnung dehnbar: Der Bundesrat achtet darauf, dass bei den höheren Kommandostellen ein angemessener Anteil mit Milizoffizieren besetzt wird. Bei niederen Kommandostellen sowie bei den Generalstäblern **muss die Mehrheit in der Regel aus Milizoffizieren bestehen**. Ganz offensichtlich arbeiten der Bundesrat und das VBS in Richtung einer professionalisierten, jederzeit international einsetzbaren, interoperablen verkleinerten Armee.

4. Doktrin

Spätestens mit dem Schlagwort «Sicherheit durch Kooperation» und dem Beitritt der Schweiz zur

«NATO-Partnerschaft für den Frieden» unter Federführung von Adolf Ogi haben unsere Bundesbehörden Abschied genommen von dem, was man hierzulande als Ziel der Sicherheitspolitik verstand, nämlich: gerüstet sein mit einer tüchtigen Armee von Bürgersoldaten, die bereit war, Land und Volk zu verteidigen.

5. Demokratische Kontrolle der Streitkräfte

Mit viel Geld unterhält die Eidgenossenschaft in Genf ein internationales Zentrum mit obigem Namen, wo Vertreter aller Herren Länder lernen sollen, wie die Armee durch die Politik zu kontrollieren ist. Es ist seltsam, dass ausgerechnet in der Schweiz künftige Änderungen der Armee der demokratischen Kontrolle des Volkes entzogen werden sollen. Mit «Kooperation» und «NATO-Partnerschaft» wurden bereits Entscheidungsbefugnisse an eine Gemeinschaft abgetreten, und das von Politikern, die nach ihrer Wahl folgende Formel beschworen oder gelobt hatten:

«...die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu wahren, die Unabhängigkeit des Vaterlandes, die Freiheit und die Rechte des Volkes und seiner Bürger zu schützen...»

Da ist es nicht erstaunlich, wenn im Volk von «Verrat» gesprochen wird.

6. Zusammenfassung

Die Schweizer Demokraten (SD) lehnen die Vorlagen zur Armee XXI aufgrund von verfassungsrechtlichen, staats- und sicherheitspolitischen Überlegungen ab. Sie unterstützen das Referendum aktiv und bitten jeden Empfänger dieser Zeitung, **alle 5 Unterschriften auf dem Bogen beizubringen** und diesen so rasch wie möglich einzusenden. Aus Sicherheitsgründen wird empfohlen, den Bogen in einem Couvert zu schicken.

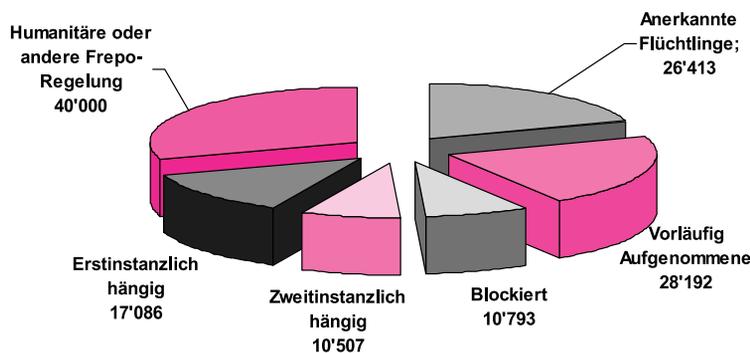
Warum braucht es die Asyl-Initiative?

2.1 Weil der Bundesrat seine Versprechen nicht gehalten hat

Der Bundesrat hat in den letzten Jahren die Forderungen der SD und der Mehrheit der SVP immer als unnötig betitelt und versichert, er würde die notwendigen Massnahmen gegen den Asylrechtsmissbrauch selbst einleiten. **«Wir haben die Lage im Griff»** hiess es auch anlässlich der Abstimmung zur letzten Asylinitiative. **Dies hat sich nicht bewahrheitet.**

In der bevorstehenden neuen **Asylgesetzrevision** sind zwar dank dem Druck von SD und SVP einzelne Verbesserungen vorgesehen (carrier sanctions, neue Drittstaatenregelung mit Liste sicherer Drittstaaten); diese genügen aber bei Weitem nicht. Im Gegenteil: Der Bundesrat zeigt mit seinen jüngsten Vorschlägen, dass er nicht gewillt ist, wirklich etwas gegen die illegale Einwanderung auf dem Weg des Asylrechtsmissbrauchs zu unternehmen. Vielmehr öffnet er mit seiner **Vorlage zur Integration von abgewiesenen Asylbewerbern**, welche nicht rückgeführt werden können, die Tore weiter als je zuvor.

Grafik 1: Personen des Asylbereichs, Stand Juni 2002, total 130'000 (Quelle: BFF)



Begriffserklärung:

Humanitäre oder andere fremdenpolizeiliche-Regelung: Personen, die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, aber dennoch ein Bleiberecht erhalten.

Erstinstanzlich hängig: Asylsuchende im Verfahren.

Zweitinstanzlich hängig: Abgewiesene Asylsuchende im Rekursverfahren bei der Asylrekurskommission (ARK)

Blockiert: Aufenthaltsregelung oder Vollzug der Wegweisung ausstehend oder technisch blockiert.

Vorläufig Aufgenommene: Personen, denen zwar kein Asyl gewährt wird, die aber auch nicht weg gewiesen, sondern provisorisch aufgenommen werden.

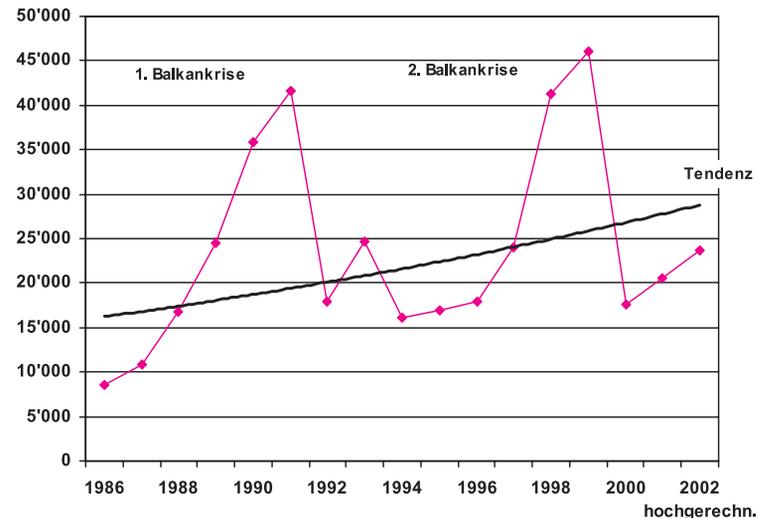
Die Versuche, auf **parlamentarischer Ebene** einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Asylpolitik zum Durchbruch zu verhelfen, führten nur zu Teilerfolgen. Zwar sind die anderen Parteien heute so weit, dass sie die Problematik nicht mehr verleugnen können. Aber dennoch scheuen sie sich, konkreten Massnahmen zuzustimmen. Man beschränkt sich lieber auf beschönigende Worte anstatt eine der heutigen Migrationssituation angepasste Flüchtlingspolitik zu betreiben. Ohne

ausreichenden Druck wird sich in den nächsten Jahren nur wenig bewegen, und **wird es schliesslich zu spät** sein. Es ist jetzt schon 5 vor 12, und noch immer wird im Parlament mehr diskutiert als gehandelt. Deshalb ist es an der Zeit, dass sich das Volk mit einer Initiative zu Wort meldet: Einzig so wird sich eine **Kurskorrektur** herbeiführen lassen.

2.2 Weil der Asylrechtsmissbrauch in der Schweiz zunimmt

Die Probleme der Schweiz im Asylwesen – **steigende Gesuchszahlen, wachsende Pendenzenberge, explodierende Kosten und anhaltender Vollzugsnotstand** – sind ungelöst. Die anhaltend tiefen Anerkennungsquoten um durchschnittlich 10% für Asylsuchende zeigen, dass es sich bei den meisten Gesuchstellenden nicht um echte Flüchtlinge, sondern um Personen handelt, die das Asylrecht missbrauchen, um sich in der Schweiz aufzuhalten, sei es, um vorübergehend Geld zu verdienen oder sogar, um kriminellen Aktivitäten nachzugehen.

Grafik 2: Entwicklung der Asylgesuche 1986-2002 (Quelle: BFF)



Wer damals «nein» stimmte, muss sich angesichts der jetzigen Situation im Asylwesen betrogen fühlen.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Asylgesuche kontinuierlich gestiegen. Zwei Höhepunkte bildeten dabei die kriegerischen Auseinandersetzungen im Balkan, die seitens des Bundes gerne als einfache Erklärung und Ausrede für die steigende Gesuchszahl missbraucht wurden. Der Wachstumstrend geht jedoch weit über die durch Krisen bedingten Gesuche hinaus, wie Graphik 2 zeigt.

Neben den Gesuchszahlen steigen auch die Pendenzen und die Zahl der Personen, die sich in provisorischem Aufenthalt in der Schweiz befinden. Die Zahl der Personen im Asylbereich beläuft sich derzeit auf 130'000.

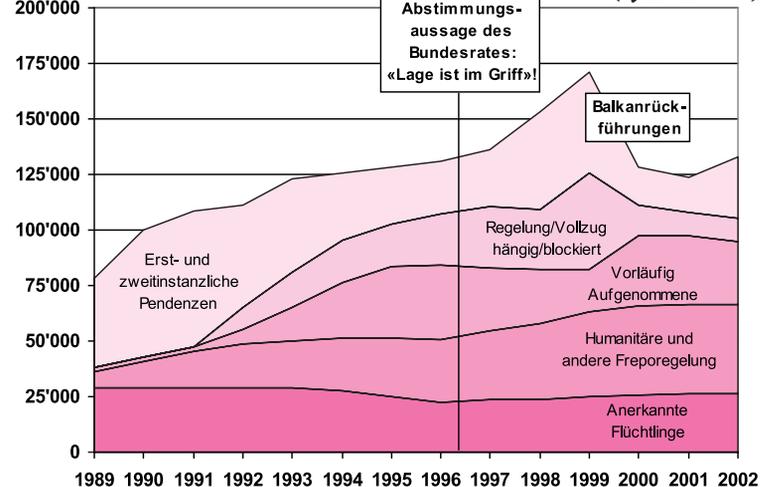
Überdies fällt in jüngster Zeit auf, dass **immer mehr Asylsuchende aus Afrika** die Schweiz als Zielland wählen. Damit sind die Vollzugsorgane vor neue Probleme gestellt, sowohl was die Identifikation der Personen wie auch die Unterbringung und Rückführung anbelangt. Wie bei den übrigen Asylsuchenden liegt auch bei diesen Personengruppen die Anerkennungsquote unter 10%.

Offensichtlich dringt der Ruf der Schweiz als Asylland in immer fernere Gegenden und lockt somit **vermehrt neue Gruppen von Einwanderungswilligen** an, die über den Weg des Asylverfahrens ihr Glück in unserem Land suchen.

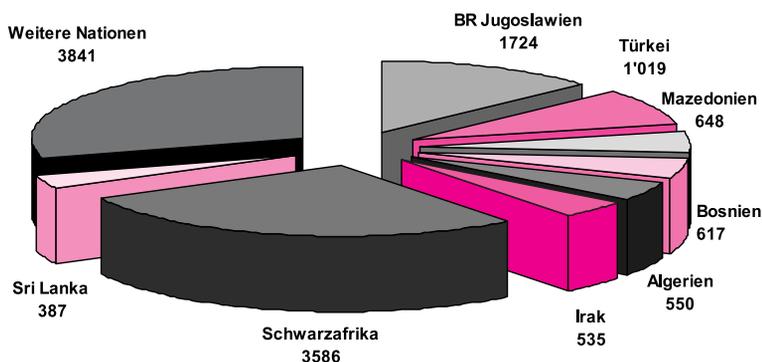
2.3 Weil der Asylrechtsmissbrauch Kosten in Milliardenhöhe verursacht

Es gibt zahlreiche Budgetposten im Asylwesen: Da sind administrative Kosten für den Betrieb des Bundesamtes für Flüchtlinge (BFF) in Bern und in den verschiedenen Empfangsstellen, dann Personal- und Ausbildungskosten für Befragter und Betreuer, Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden, die Verfahren und Rekurse, die Dolmetscher, Juristen und Beistände, den Unterricht von Kindern von Asylsuchenden, die medizinische und zahnärztliche Versorgung, aber natürlich auch die Überwachung, Kontrolle und allfällige Inhaftierung krimineller Asylbewerber sowie die Ausschaffung renitenter abgewiesener Asylsuchender. All diese Posten führen zu **jährlichen Kosten in Milliardenhöhe**.

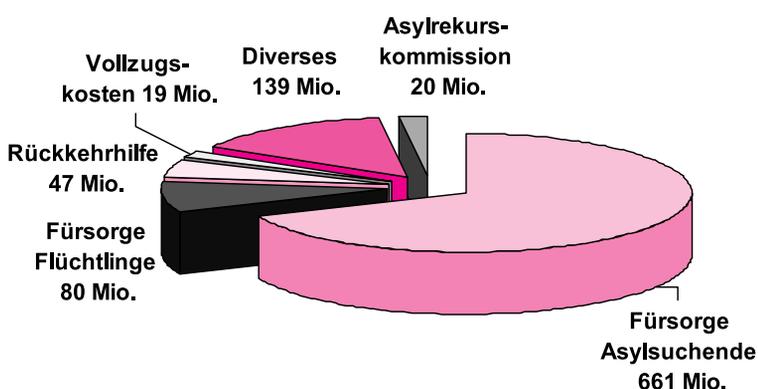
Grafik 3: Personen des Asylbereichs, Entwicklung 1989-Juni 2002 (Quelle: BFF)



Grafik 4: Asylsuchende Stand Juni 2002 nach Nationalitäten
(Quelle: BFF)



Grafik 5: Verteilung der gegenwärtigen Kosten für den Asylbereich auf Bundesebene
(Quelle: Staatsrechnung 2001)



1998–2001 haben allein die Netto-Ausgaben des Bundesamtes für Flüchtlinge mehr als eine Milliarde Franken ausgemacht! 2001 wurde allein für die Rückkehrhilfe für abgewiesene Asylbewerber, also für Personen, die die Flüchtlingeigenschaft nicht erfüllen und somit das Asylrecht missbraucht haben, 47 Millionen ausgegeben.

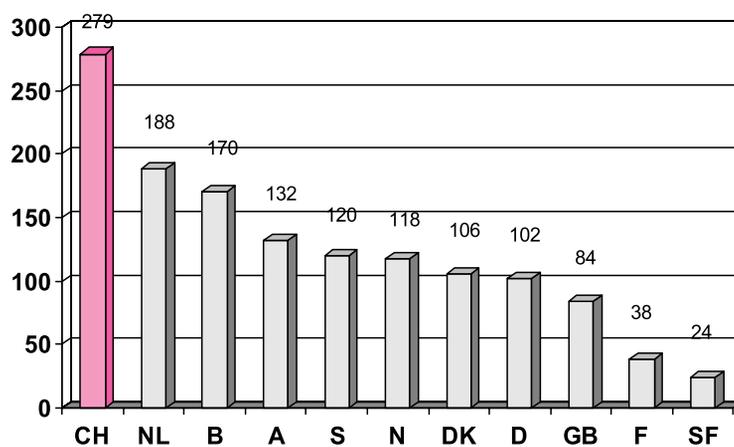
2.4 Weil die Industriestaaten ihre Asylgesetzgebung laufend verschärfen

Der **Migrationsdruck auf die Industriestaaten** hat in den letzten Jahren noch zugenommen. Die umliegenden Länder verschärfen laufend ihre Gesetzgebung, um die Ströme illegaler Einwanderer einzudämmen. Die Schweiz dagegen zieht nur in ungenügender Weise nach und wird damit noch attraktiver für Einwanderungswillige, die als Asylsuchende versuchen zu einer Aufenthaltsbewilligung zu kommen. Ausser der Schweiz reagieren alle Industrieländer auf den Migrationsdruck mit laufenden Gesetzesverschärfungen. Da die EU das Thema zwar diskutiert und der Problematik sogar einen Gipfel gewidmet hat, sich aber zu keinen Massnahmen durchringen will, sehen sich die EU-Mitgliedstaaten zur Selbsthilfe gezwungen. Das Resultat ihrer Bemühungen schlägt sich in der Statistik nieder, wo die **Schweiz einen Spitzenplatz** belegt, was die Anzahl der Asylsuchenden pro Kopf anbelangt. Trotz des im Verhältnis zur

Schweiz bereits niedrigeren Anteils an Asylsuchenden sind die Nachbarn ständig bemüht, ihre Asylgesetzgebung laufend weiter anzupassen und zu verschärfen:

Dänemark verzeichnete 2001 12'403 neue Asylgesuche. Künftig sollen Asylbewerber keinen Rechtsanspruch mehr auf Nachzug des Ehepartners haben. Auch die Fürsorgeleistungen sollen reduziert werden. Um zu verhindern, dass Asylsuchende sich ihr Bleiberecht mit Heiraten erzwingen, ist ein Mindestalter von 24 Jahren Voraussetzung für eine Ehe zwischen dänischen und nicht-dänischen Staatsangehörigen. **Deutschland** verzeichnet seit der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz, das am 20. Juni 2002 verabschiedet werden konnte, einen

Grafik 6: Anzahl Asylsuchende auf 10'000 Einwohner im Jahresdurchschnitt 1994–2001
(Angaben BFF 2001)



Rückgang von 10% der Asylgesuche. Ziel des Zuwanderungsgesetzes ist es unter anderem, dass missbräuchliche Asylaufenthalte rascher beendet werden. Dies heisst konkret, dass Personen, die ihre Identität bewusst verschleiern, auch das vorübergehende Aufenthaltsrecht verwirken. In **Grossbritannien** sank die Zahl der Asylgesuche von 93'697 im Jahre 2000 auf 86'186. Nach wie vor versucht jedoch eine grosse Zahl Flüchtlinge im Durchgangslager Sangatte bei Calais immer wieder, über den Eurotunnel nach England zu gelangen. Sie ziehen dem Asylgesuch in **Frankreich** (nur halb so viele Asylgesuche pro Jahr wie Grossbritannien) die lebensgefährliche Reise durch den Tunnel vor. Grossbritannien versucht nun, seine Attraktivität auf das Niveau von Frankreich zu senken. Erster Schritt dazu ist, dass Asylsuchende

in Zukunft während zwei Wochen nach ihrer Ankunft in Flüchtlingslager ähnlichen Sammelunterkünften untergebracht werden. In den **Niederlanden** ist die Zahl der Asylsuchenden letztes Jahr ebenfalls gesunken, nämlich von 43'895 auf 32'579. Nun sollen besondere Massnahmen die Situation weiter verbessern: Die Ausschaffungshaft soll bis zur Rückkehr unbeschränkt möglich sein und der Familiennachzug bei Flüchtlingen einer Altersbegrenzung unterworfen werden (Nachzug Ehepartner ab 21, Kinder bis 15). Zudem sollen die Grenzkontrollen verschärft werden und Rückführungen mit Militärflugzeugen erfolgen. Jede Gesetzesverschärfung in anderen Asylzielländern führt zu einer Steigerung der Attraktivität der Schweiz. **Eine entsprechende Anpassung unserer Regelungen ist daher unbedingt erforderlich.**

Asylanten randalieren bei Ausschaffung

Wer erinnert sich nicht an einen der grössten (bekannt gewordenen) Skandale im Schweizer Asylwesen? Vor drei Jahren wollten drei Zürcher Polizeibeamte per Flugzeug einen abgewiesenen Asylbewerber in den Kongo zurück schaffen. Bei einer Zwischenlandung in Yaounde (der Hauptstadt Kameruns) gelang es dem Auszuschaffenden, die übrigen Passagiere aufzuwiegeln, worauf ein Krwall im Flugzeug entstand und sich die (wahrscheinlich afrikanische) Crew weigerte, den Mann weiter zu fliegen. Die drei Zürcher Polizisten wurden in Kamerun festgehalten und konnten erst nach einigen Tagen nach Zürich zurück fliegen. Nach damaligen Medienmitteilungen musste die Schweiz an Kamerun eine «Umtriebs-Entschädigung» von Fr. 20'000.– zahlen, was nichts anderes als der Zahlung eines Lösegelds gleich kam. Den renitenten Asylbewerber durften

die Zürcher Polizisten «grosszügig» wieder mitnehmen. Einen solchen Typen wollen sie auch im tiefsten Afrika nicht behalten. Bei seiner Revolte im Flugzeug hatte der feine Mann einen Polizisten mit den Fingernägeln gekratzt, den zweiten verletzte er mit einem Faustschlag unter das rechte Auge und dem dritten erging es noch schlechter: Mit einem Kopfstoss ins Gesicht brach der gewalttätige Neger dem Polizisten das Nasenbein. Nach seiner Rückkehr in die Schweiz verübte der Kongolese weitere Straftaten. Offenbar brachte das BFF des völlig unfähigen Jean-Daniel Gerber es nicht einmal fertig, den renitenten Typen in Ausschaffungshaft zu behalten (!!!). Der Neger wurde vom Zürcher Obergericht dafür und für die Gewaltanwendung gegen die Polizisten verurteilt. Doch nicht genug, der Neger bzw. sein Anwalt (wer bezahlt eigentlich all diese Kosten) gelangte ans Bundesgericht. Begründung: Die Taten im Flugzeug hätten in Kamerun stattgefunden und deshalb wäre dieses Land für diese Taten zuständig. Das Bundesgericht verneinte diese Auffassung. Das Urteil gegen den Kongo-Neger, 14 Monate unbedingt, wurde bestätigt. Doch damit ist die Sache sicher noch nicht erledigt. Der Kongolese wird ja nach seiner Haftstrafe von unseren weiterhin absolut unfähigen Behörden wieder nicht ausgeschafft werden können und wird weiter die Schweizer verunsichern. Höchste Zeit, dass das Schweizer Stimmvolk dem Bundesrat mit der Annahme der Asyl-Initiative zeigt, wo «Bartli den Most holen soll».

Dr. Dragan Najman,
SD-Grossrat Baden



Wachsende Bevölkerung trotz Geburtendefizit

Trotz eines starken Rückgangs der Geburten wächst die Schweizer Wohnbevölkerung. Sie hat im vergangenen Jahr stärker zugenommen als zunächst angenommen. Infolge der Zuwanderung wuchs sie um 57'150 Personen auf 7'261'200 Einwohner, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) zu den neuesten Resultaten der Wohnbevölkerungserhebung mitteilte. Das BFS hat damit die provisorischen Zahlen vom Februar leicht nach oben korrigiert. Die Zuwachsrates stieg im Vergleich zum Jahr 2000 von 0,6% auf 0,8% an. Die Gründe für das Bevölkerungswachstum sind laut BFS die gleichen geblieben. **Die starke Zuwanderung** und eine Abnahme der Auswanderung haben den starken Rückgang der Geburten mehr als kompensiert. Die Einwanderung hat laut BFS

auch 2001 zugenommen, während die Zahlen der Auswanderung von Schweizern zum ersten Mal seit zehn Jahren stark zurückgegangen sind. Als Resultat sind 40'250 Personen mehr eingewandert, als das Land verliessen. Der Geburtenüberschuss – Geburten abzüglich Todesfälle – hat gegenüber dem Vorjahr abgenommen und lag noch bei 12'200.

Die Zahl der Geburten reduzierte sich dabei stark um 6,3%, jene der Todesfälle um 2,0%. **Da mehr Schweizer starben, als geboren wurden, wuchs die Bevölkerung mit Schweizer Nationalität nur durch den Erwerb des Bürgerrechts.** Die Schweizer Wohnbevölkerung belief sich Ende 2001 auf 5,803 Millionen Einwohner.

AP/jhd.

Verbale Falschmünzerei mit dem Schlagwort «nachhaltig»!

Seit der Konferenz von Rio 1992 ist das Wort «nachhaltig» (französisch «durable», englisch «sustainable») in aller Munde von Leuten, die sich – echt oder nur vorgeblich – für eine ökologisch richtige Politik einsetzen. Allerdings droht es zu einem inhaltslosen Schlagwort, zu einer Leerformel zu entarten. Das beginnt damit, dass gewisse Politiker, Publizisten und Wirtschaftsführer plötzlich von einem «nachhaltigen Wachstum» statt von einer «nachhaltigen Entwicklung», wie es Rio vorgegeben hat, sprechen und schreiben. Wachstum und richtig verstandene Nachhaltigkeit sind jedoch zwei Dinge, die sich gegenseitig ausschliessen. Der Ausdruck «nachhaltig» meint, dass eine Entwicklung nach menschlicher Erkenntnis und Ermessen unverändert ohne zeitliche Begrenzung in die Zukunft weitergezogen werden könne, ohne auf unüberwindliche Hindernisse zu stossen. Wachstum und Nachhaltigkeit schliessen sich deshalb per Definition aus; denn es gibt kein unendliches Wachstum in einem beschränkten Raum, wie es die Biosphäre darstellt, sei es nun Bevölkerungswachstum oder Wirtschaftswachstum.

Aber auch noch andere unbestreitbare Tatbestände werden in der von einigen Mächtigen beherrschten Öffentlichkeit systematisch ausgeblendet. So konnte man angesichts der kürzlichen Flutkatastrophe in Mitteleuropa nirgends hören oder lesen, dass es einen Zusammenhang zwischen der zunehmenden Bevölkerungsdichte in diesem Gebiet und der Katastrophe geben könnte. Immer wird nur ein möglicher Zusammenhang zwischen den Überschwemmungen und dem so genannten Treibhauseffekt diskutiert, nie der Zusammenhang zwischen den Überschwemmungen und der Überbevölkerung und der Überbevölkerung! Aber mehr Bevölkerung bedeutet auch mehr überbaute Landschaftsfläche!

Der Boden wird dabei versiegelt und verliert seine Fähigkeit, wie ein Schwamm intensive Regenfälle vorläufig aufzusaugen. Nirgends konnte man von solchen Zusammenhängen lesen oder hören! Das Thema ist eben zu heiss, weil es die Frage aufwirft, wie lange Europa noch einen Teil des Geburtenüberschusses der Dritten Welt aufnehmen können, ohne sich selbst dabei zu Grunde zu richten.

Ein anderes Beispiel bot der Zürcher «Tages-Anzeiger». Auf seiner Seite «Wissen» publizierte er eine Serie über «Nachhaltigkeit» in der Schweiz. Der erste Teil beschäftigte sich mit dem Thema Landschaftsschutz, Zersiedelung und Raumplanung. Zwar veröffentlichte er auch eine Grafik «Wohnbevölkerung», auf welcher klar zum Ausdruck kam, wie diese ungeachtet einer minimalen Geburtenziffer wegen der Einwanderung ungebremst auf der Zeitachse immer mehr anschwillt. Aus Gründen des Copyrights kann sie leider hier nicht ebenfalls abgebildet werden. Im begleitenden Text wurde die lehrreiche Grafik jedoch mit keinem Wort erwähnt und kommentiert! Stattdessen enthielt er nur ein inhaltsleeres Geschwätz. Auch im Interview mit dem Raumplaner und ETH-Professor Alain Thierstein wurde mit keinem einzigen Wort auf das Problem eingetreten! Stattdessen forderte dieser «Gross-

regionen» statt Kantone, obschon die Schweiz durch eine solche Neueinteilung um keinen einzigen Quadratzentimeter grösser und ihre ökologisch entscheidende Bevölkerungsdichte damit überhaupt nicht beeinflusst würde! Ein Leserbrief von mir zu dieser Unterlassung wurde selbstverständlich – angeblich wegen Platzmangels – nicht veröffentlicht, wobei im Absagebrief deutlich zum Ausdruck kam, dass der zuständige Redaktor das Problem zwar einsieht, seine Hände aber von der Gesamtdirektion gebunden sind. Stattdessen wurden Leserbriefe veröffentlicht, die in wirrer Weise angebliche soziale Gründe für die unheilvolle Entwicklung geltend machen wollten.

Es ist allerhöchste Zeit, dass die Forderung nach Nachhaltigkeit im richtig verstandenen, ökologischen Sinn in Politik umgesetzt wird!

Jean-Jacques Hegg
Gemeinderat, a. Nationalrat

Cannabis bremst das Wachstum der Ungeborenen

Britische Wissenschaftler warnen Schwangere vor dem Genuss von Cannabis während der Schwangerschaft. Regelmässige Joints bewirken eine Abnahme der Körpergrösse von Neugeborenen. Der Effekt eines einzigen Joints pro Woche entspricht den von 15 herkömmlichen Zigaretten. Die untersuchten 12'000 Neugeborenen waren kleiner und hatten kleinere Köpfe. Das Untersuchungsergebnis lässt eindeutige Schlüsse auf ein

reduziertes Fötalwachstum zu. Die Gründe, warum Cannabis das Wachstum verlangsamt, sind unklar. Die Forscher vermuten, dass der Konsum der Droge mit Zigarettentabak zu einem Cocktail von giftigen Substanzen führt, der dann das Wachstum des Fötus verlangsamt. Rund fünf Prozent der befragten Frauen gaben zu, vor der Schwangerschaft Cannabis konsumiert zu haben.

pte.

Pro Tag 8000 Fussballfelder

Die grüne Lunge» der Welt liegt immer noch auf der Intensivstation: Auch zehn Jahre nach dem Umweltgipfel von Rio de Janeiro stirbt der Regenwald des Amazonas ungebremst weiter – aller guten Vorsätze und Schutzprojekte zum Trotz. Am Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung von Ende August in Johannesburg präsentiert die brasilianische Statistikbehörde bedenkliche neue Zahlen. Seit 1992 sind im Durchschnitt 18'600 Quadratkilometer des südamerikanischen Urwalds vernichtet worden. Zuletzt erhöhte sich die Geschwindigkeit sogar auf 20'000 Quadratkilometer pro Tag, was rund 8000 Fussballfeldern entspricht. Die Umweltschützer kritisieren, dass die Regierung in Brasilia nur mit sporadischen Kontrollaktionen und Gesetzen reagiere, die niemand respektiere. Immerhin erkennen selbst die schärfsten Kritiker der Regierung auch ein paar Fortschritte. So feiert Greenpeace als «Riesenerfolg»,

dass seit letztem Dezember Mahagoni-Bäume und andere Edelhölzer des Urwalds unter Schutz stehen. Im Juli wurde ausserdem ein elektronisches Urwald-Überwachungssystem eingeweiht. Damit soll die Landnutzung kontrolliert und die Aktivitäten von kriminellen Drogen-, Waffen-, Holz- und Goldsucherorganisationen eingedämmt werden. Darüber hinaus hat Brasilien die Zahl der Urwald- und Naturschutzparks von 197 im Jahr 1990 auf nunmehr 230 erhöht, und die klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen konnten von 10'800 Tonnen (1997) auf 8500 Tonnen reduziert werden. Als Lichtblick erscheint auch die Tatsache, dass Weltfirmen wie das Kosmetikunternehmen Body Shop (Amazonas-Öle) oder der Reifenhersteller Pirelli (Urwald-Kautschuk) in Zusammenarbeit mit Behörden und Nichtregierungsorganisationen die Nutzung von Naturreservaten unterstützen und umweltverträglich einkaufen. E.C.

Neue Waldschäden durch Nebel

Nebel enthält mehr Schadstoffe als bisher bekannt war. Er trägt deshalb stärker zur Schädigung der Wälder bei als angenommen worden war. Das zeigt eine Nationalfondsstudie, die von der Universität Bern durchgeführt wurde. Fachleute gingen bisher davon aus, dass Nebel rund ein Sechstel zur Stickstoffmenge beiträgt, die den Wald beeinträchtigt. Die Geografen Werner Eugster und Reto Burkhard konnten nun aber nachweisen, dass dieser Anteil ein Drittel beträgt, also doppelt so gross ist. Zur Erforschung des Nebels installierten Forscher auf der Lägern oberhalb von Wettingen ein Gerät, das mit einem Ventilator Luft ansaugt. Im Gerät perlen die winzigen Nebeltropfen an einem mit feinen Teflonfäden bespannten Rahmen ab, werden aufgefangen und können auf Schadstoffe wie Stickstoff oder Schwefel untersucht werden. Sowohl beim Stickstoff als auch beim Schwefel hatten die Forscher gegenüber den Messdaten der 80er-Jahre eine deutliche Abnahme erwartet. Seit damals haben gesetzliche Vorschriften dazu geführt, dass die Emissionen, vor allem beim Schwefel, an der Quelle deutlich reduziert worden sind. Dass die aktuellen Messungen deutlich höhere Stickstoffwerte ergaben, führen die Forscher auf

die starke Zunahme des Verkehrs zurück. **Diese habe die vorübergehenden Verbesserungen seit der Einführung des Katalysators zu nichte gemacht.** Beim Schwefel ist die Ursache der hohen Werte schwieriger auszumachen. Eine mögliche Erklärung für die hohe Belastung sind die Auswirkungen des Grossraums Zürich mit seinem Flugplatz unweit vom Messstandort. Fest steht für die Forscher, dass die Schwefelbelastung hausgemacht ist. Denn die hohen Werte wurden nur bei Strahlungsnebel gemessen. Diese Nebelart bildet sich vom Boden her und wird nicht von weit her herangetragen. *SDA*



Aus: Forum Raumentwicklung

Einheimisches Holz brauchen

Holz muss unter Klimaaspekten aus bestehenden Wirtschaftswäldern kommen, wie wir sie in der Schweiz haben. Die forstwirtschaftliche Nutzung des Waldes, wenn also Holz geerntet und zu dauerhaften Produkten verarbeitet wird, entzieht dem natürlichen Kreislauf Kohlenstoff und setzt ihn auf lange Zeit fest – bei der Verwendung am Bau womöglich auf Jahrhunderte. Bestehende, nachhaltig genutzte Wirtschaftswälder, in denen ebenso viel Holz nachwächst, wie geerntet und in langlebige Produkte umgesetzt wird, bilden CO₂-Senken. Diese Senken-Wirkung durch nachhaltige Holznutzung wird im Übrigen noch akzentuiert, wenn die Holzreste anstelle fossiler Brennstoffe verbrannt werden. Nachhaltigkeit ist seit hundert Jahren das Credo der Schweizer Wald- und Holzwirtschaft. Im Schweizer Wald wird niemals mehr Holz geerntet als dazuwächst. Im Gegenteil: der Schweizer Wald ist überaltert; seit Jahren wächst sehr viel mehr nach, als genutzt wird. Echte Nachhaltigkeit bedeutet hierzulande deshalb, noch viel mehr einheimisches Holz als bisher zu schlagen und zu verwenden. Die jährlich knapp 4,8 Millionen Kubikmeter

Holz, die heute im Schweizer Wald geerntet werden, reichen noch längst nicht, um ein Gleichgewicht zwischen Holzzuwachs und -nutzung zu erreichen. Dafür braucht es eine jährliche Nutzung von rund 7,5 Millionen Kubikmetern. Das Eid. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK will dieses Ziel in enger Zusammenarbeit mit der Wald- und Holzwirtschaft bis 2015 erreichen und langfristig dafür sorgen, dass der Inlandbedarf durch ein heimisches Holz gedeckt wird. Ein Gleichgewicht zwischen Zuwachs und Nutzung im Schweizer Wald ist das eine. Doch erst wenn das geerntete Holz in möglichst langlebige Produkte verwandelt wird, kommt der Senken-Effekt des Waldes wirklich zum Tragen, denn dann bleibt der im Holz enthaltene Kohlenstoff auf lange Zeit fixiert. Das bedeutet nichts anderes, als dass jedermann, der mit Holz aus Schweizer Wäldern statt aus Beton ein Haus baut (und es noch mit Holzschnitzeln oder Pellets statt mit Erdöl beheizt), sein Haus mit Möbeln aus Holz statt aus Kunststoff ausstattet und darin Parkett statt Spannteppiche verlegt, seinen ganz persönlichen Bei-

trag zur Erreichung der Klimaziele leistet. Wer Schweizer Holz braucht, hilft mit, dem Treibhauseffekt entgegenzutreten. Das ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts eines

der stärksten Argumente für den einzigen nachwachsenden Rohstoff unseres Landes. *Ligaum, Schweiz. Holzwirtschaftskonferenz*

Zu viele Altbatterien im Abfall

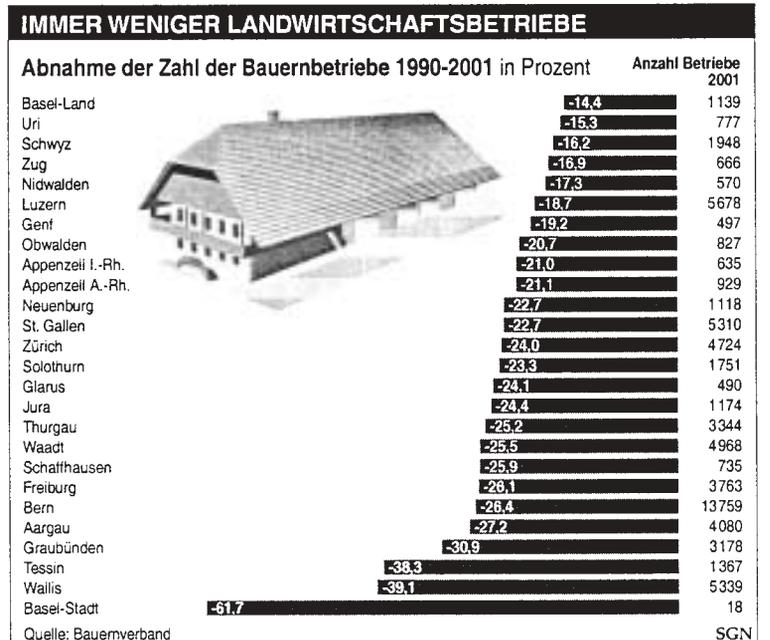
Bis 1985 verlockte man die Altbatterien unbehandelt in der Sondermülldeponie Kölliken AG. Nach deren Schliessung landeten sie auf der Deponie Schönberg in der damaligen DDR. Doch das BUWAL verbot die fragwürdigen Exporte und verlangte eine Entsorgungslösung in der Schweiz. Heute genügt die Verarbeitungskapazität der Batrec AG in Wimmis BE, um den gesamten inländischen Batterieschrott im Umfang von 3700 Tonnen pro Jahr zu verwerten. Die Anlage ist aber gegenwärtig nicht ausgelastet, weil rund 1500 Tonnen oder 40 Prozent der ausgedienten Batterien verbotenerweise im normalen Kehricht landen. Trotz einer markanten Reduktion der Schadstoffgehalte eignen sich Haushaltsbatterien jedoch nicht für eine Beseitigung in Kehrichtver-

brennungsanlagen (KVA). Aus Sicht des BUWAL ist die seit längerem stagnierende Rücklaufquote von rund 60 Prozent denn auch ungenügend. In den nächsten Jahren sollte sie auf mindestens 80 Prozent ansteigen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird ein Teil der Gelder aus der vorgezogenen Entsorgungsgebühr VEG für die Informationsarbeit und zur Verbesserung der Sammellogistik eingesetzt. Die Batrec bemüht sich mit Führungen von Schulklassen speziell um die Information der Heranwachsenden. «Wir versuchen vor allem Kinder zur Rückgabe von Altbatterien zu motivieren, denn sie sind eine der grössten Batterien-Verbrauchergruppen», bestätigt Martin Meister von der Batrec AG. *Aus: Forum Raumentwicklung*

Immer weniger Bauernbetriebe in der Schweiz

Die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe in der Schweiz ist im letzten Jahr weiter zurückgegangen. Sie sank gegenüber dem Jahr 2000 um 2,5 Prozent auf 68'784 Betriebe, wie einer neuen Publikation des Schweizerischen Bauernverbandes zu entnehmen ist. Prozentual sank die Zahl um 7,2 Prozent auf 13'330 Betriebe, wie es in den «Statistischen Erhebungen und Schätzungen über Landwirtschaft und Ernährung» weiter heisst.

Den prozentual grössten Rückgang verzeichnete der Kanton Basel-Stadt, wo die Zahl um 14,8 Prozent auf 18 Betriebe zurückging. Im Kanton Tessin gingen 9,4 Prozent der Betriebe ein; nun werden 1367 gezählt. Die schwächste Abnahme weist der Kanton Schaffhausen aus. Dort sank die Anzahl der Betriebe um 0,4 Prozent auf 735. Gar eine Zunahme verbucht hat der Kanton Genf, wo die Zahl der Bauernbetriebe um 1,8 Prozent auf 497 gestiegen ist. *SDA*





Kanton Aargau



Achtungserfolg der SD Baden

An den Wahlen zum Bezirksamt-Stellvertreter vom 22. September 2002 hat auch die SD Baden ihren Wettinger Einwohnerrat Peter Pfäffli als Kandidaten gestellt. Der Gegenkandidat kam aus der EVP und hatte dieses Amt bereits seit einigen Jahren im Bezirk Zurzach bekleidet. Er wurde auch von SP, CVP und FDP unterstützt, während Peter Pfäffli nur von den Schweizer Demokraten unterstützt wurde. Ausserdem erschienen für

den EVP-Kandidaten eine grosse Anzahl Werbe-Leserbriefe in der Aargauer Zeitung. Die einzige «Werbung» für unseren Kandidaten bestand aus einer Gegenüberstellung mit Photo und diversen Fragen/Antworten der beiden Kandidaten in der Aargauer Zeitung, einem Pressecommuniqué der SD Baden sowie einigen hundert Plakaten im A4-Format, welche in diverse Wettinger Briefkästen verteilt wurden. Trotz dieser krass ungleichen Spiesse erreichte Peter Pfäffli etwa 1/3 der gültigen Stimmen, der schliesslich obsiegende EVP-Kandidat 2/3. Die Schweizer Demokraten sind erfreut über diesen Achtungserfolg von Peter Pfäffli.

Dragan Najman, Baden

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Köniz Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Oberaargau/ Mittelland/Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Landorfstrasse 29, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen Sektion Wil und Umgebung	Am 27. November Dia-Vortrag von Christian Walt (Weltall), 19.30 Uhr im Rest. Hirschen, St. Gallen (Busstation St. Fiden). 4. Dezember, 18.00 Uhr, Treffpunkt Waaghaus: Barbara-Tag, 3 Kanonenschüsse vom Klosterplatz 11. Dezember, 19.30 Uhr: Weihnachts-Stamm im Restaurant Hirschen mit Kerzli und Guetzi. Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg, Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss

Suchen Sie eine Haushälterin?

Mein jüngster Sohn fand vor kurzem folgendes Inserat am Anschlagbrett einer COOP-Filiale in Zürich. Er nannte es «Das Inserat des Jahres!» Hier der Text:
«ich bin lererin von beruf (45) ich kann sehen eine Kinder (1-2) sehr gut, putzen in hause man kann alles tun, und sehen eine Alter menchers auch» Kohtashvili N., Limmattalstrasse XY, Tel. 078 XXX YY ZZ.
Mein Kommentar dazu: Die Kinder, welche diese Haushälterin betreuen wird, würden wenigstens gutes Deutsch lernen. Vielleicht sollte sie sich beim Erziehungsdepartement des Kantons Zürich melden; bei den diversen Schulre-

Fortsetzung Seite 9

Anzeige

- Lebensversicherung
- Vorsorgeplanung
- Kindersparplan
- Erwerbsunfähigkeit- und Todesfall

PAX
VERSICHERUNGEN
ASSURANCES
ASSICURAZIONI

bei 01 / 946 36 37

Anzeige

CH-Versand-Handelsfirma in Zürich sucht

Teilzeitaushilfen

für Kleinpakete / Versand / Adressverwaltung. Teilweise können die Arbeiten zuhause ausgeführt werden.

Kurzbewerbung von SD Lesern an Postfach 6456, 8050 Zürich

visionen, die der Zürcher Erziehungsdirektor Buschor schon durchführte, würde sie sicher glänzend ins neue Zürcher Schulsystem passen. Und noch ein Gratistipp

für diese Frau: Falls sie sich einbürgern lassen möchte, in Baden würden diese Deutschkenntnisse voll auf genügen.

Dragan Najman, Baden

Strafanstalt Lenzburg: Jahresbericht 2000-01

Eintretensvotum der SD-Fraktion, Grosser Rat Kanton Aargau

Wir möchten für den ausführlichen und vor allem sehr aufschlussreichen Bericht herzlich danken. Insbesondere danken wir für die klaren und offenen Worte von Anstalts-Direktor Dr. Pfrunder in seinem Vorwort. Dr. Pfrunder weist ausführlich (mit seinen Worten) «auf die Begrenztheit des menschlichen Potenzials hin, mehrere Kulturen zugleich in sich aufzunehmen». Ich zitiere weiter aus seinem Bericht, S. 4 unten: «Man kann verschiedene Kulturen zur Kenntnis nehmen ... aber man kann sie nicht in beliebiger Zahl in sich aufnehmen. Das verarbeitet die Psyche eines Menschen schlichtweg nicht.» Und der folgende Satz von Dr. Pfrunder sollte eigentlich in allen Schulen und vor allem in den Kreisen der Linken und Netten Pflichtlektüre sein, ich zitiere wörtlich: «Leute, denen das Wort «Multikulturalität» so leicht von den Lippen perlt, verwechseln Kultur mit Folklore.»

Unsere Fraktion stellt fest, dass vor ca. 10 Jahren der Ausländerbestand in den Strafanstalten für Schwereverbrechen ca. 70%, später gegen 80% betrug. Heute beträgt dieser in Lenzburg bereits über 85%. Es wäre wirklich zu hinterfragen, ob

unsere demokratische Gesetzgebung noch den effektiven Gegebenheiten entspricht, denn sie ist in keiner Weise mit der Gesinnung eines Grossteils unserer kriminellen ausländischen «Gäste» vereinbar. Auch ist ernsthaft zu überlegen, ob es für die knapp 15% der einheimischen Straftäter noch zumutbar ist, in den normalen Strafanstalten ihre Strafe zu verbüssen. Müsste man nicht eventuell gesamtschweizerisch die wenigen schweizerischen Straftäter in einer einzigen Strafanstalt zusammenziehen?

Schwer zu denken gibt auch die folgende Bemerkung von Dr. Pfrunder anlässlich des Besuchs der Strafanstalt durch die Geschäftsprüfungskommission, er höre immer wieder von ausländischen Sträflingen den Spruch: «Schweiz Scheisse, Schweiz zahle». Erfreulich daran ist lediglich, dass diese Leute offenbar nicht nur die Wörter «Asyl» und «Geld her» kennen.

Dragan Najman, Baden

(Kommentar der Redaktion: Wenn wir in der Schweiz nur noch mehr Leute an leitender Position hätten, die wie Dr. Pfrunder kein Blatt vor den Mund nehmen und sagen, was sie denken.)

Erfolg für die Schweizer Demokaten

Grosser Rat Kanton Aargau

Unser Grossrat Kurt Aeschbach, Dürrenäsch, hat am 4. Juni 2002 ein Postulat betreffend Einbürgerungen eingereicht mit folgendem Inhalt: «Der Regierungsrat wird aufgefordert, dafür besorgt zu sein, dass das Einbürgerungsgesetz dahingehend vollzogen wird, dass sich die Einbürgerungswilligen in deutsch verständigen und ausdrücken können und auch in der Lage sind, deutsche Texte sinngemäss zu verstehen. Nur wenn diese Erfordernisse erfüllt sind, darf eine Einbürgerung überhaupt weiter geprüft werden. Wer sich im Kanton Aargau einbürgern lassen will, muss sich bemühen, die deutsche Sprache zu erlernen.»

Zum grossen Erstaunen der SD-Fraktion erklärte sich der Regierungsrat bereit, das Postulat zu

übernehmen. Am 22. Oktober kam dieses Postulat vor den Grossen Rat und die Überweisung an den Regierungsrat wurde erfreulicherweise von niemandem bestritten. Der Regierungsrat erhielt somit den Auftrag, von den Gemeinden zu verlangen, dass Einzubürgernde sich über genügende Deutschkenntnisse ausweisen müssen. Damit ist eine langjährige Forderung der SD erfüllt worden. Ob die Überweisung an den Regierungsrat etwas nützen oder alles im alten Tramp weitergehen wird, muss sich allerdings erst noch weisen. Auf Grund der z. B. in Baden «grosszügigen» Einbürgerungspraxis zweifelt der Schreibende allerdings sehr daran; die SD müssen weiter wachsam bleiben.

*Dragan Najman,
SD-Grossrat, Baden*



Kanton Thurgau



Ohne Geld – keine Regierungsratskandidatur?

Die Schweizer Demokraten haben am 27. September klar entschieden, sie wollen die Kandidatur ihres Präsidenten **Willy Schmidhauser** auch im 2. Wahlgang am 24. November aufrecht erhalten, weil a.) viele (45,9%) an die Urnen gegangen sind, die sonst nicht mehr aktiv werden und b.) die Begeisterung für einen Regierungsrat aus Oppositionskreisen täglich gewachsen ist und viele wieder angefangen haben zu hoffen...

Nun lag der Entscheid also beim Kandidaten selber. Willy Schmidhauser zeigte drastisch auf, mit wie wenig Werbemittel die SD Thurgau 13'599 Stimmen für seine Kandidatur gewonnen habe: Keine Flugblätter in die Haushaltungen, keine kantonsweite Plakataktion und ein einziges Inserat in der letzten Woche vor der Abstimmung. Während die Konkurrenten für solche Zwecke sicher zwischen 60'000 und 100'000 Franken investiert hätten, sei die Opposition mit weniger als 8000 Franken ausgekommen. Nun, heute, am 3. Oktober, um 19.30 Uhr ist der Entscheid gefallen! Der SD-Kandidat sagt nach reiflicher Überlegung Nein zu einer weiteren RR-Kandidatur und begründet wie folgt:

1. Die Sponsoren-Gelder – bis zuletzt wurden Verhandlungen geführt – sind nicht im erwarteten Umfange geflossen, damit wären «gleich lange Spiesse» für alle RR-Kandidaten weiterhin unmöglich. Willy Schmidhauser bedauert das und dankt allen demokratisch und fair gesinnten Menschen für den Einsatz.

2. Kandidaturen sind bei den nächsten, regulären Erneuerungswahlen vor allem durch die Oppositionsparteien in Betracht zu zie-



hen, denn die Regierungsparteien vertreten nachgewiesenermassen nur noch gut 20% der Wahlberechtigten.

3. Zwischenzeitlich wäre vom Kantonsrat und der Exekutive selber abzuklären, ob allenfalls ein gewählter Regierungsrat aus Oppositionskreisen überhaupt eine Chance hätte, in der Verwaltung, d.h. in einem Departement als Chef agieren zu können? Immerhin sind viele Angestellte, vor allem höhere Angestellte und Kaderleute, ebenfalls Vertreter der Regierungsparteien; bekennende Schweizer Demokraten in der Verwaltung sind kaum bekannt!

Abschliessend möchten wir es nicht unterlassen, jenen Medien ein Kränzchen zu winden, verbunden mit einem herzlichen Daneschön, die versucht haben, dem Bürger korrekte und faire Infos zu liefern. Natürlich gab es auch Unfares gegen den SD-Kandidaten; trotzdem haben korrekte Berichte viele Leser und Abonnenten gefreut.

Wir Schweizer Demokraten sind im Moment nicht in der Lage, der Wählerschaft einen der verbleibenden RR-Kandidaten zu empfehlen! Das Versagen von RR Lei und das Manko von 153 Millionen müssten eigentlich eine erneute FDP-Kandidatur mehr als in Frage stellen! Das Eintreten der grünen Kandidatin für die Freigabe von Joints hat manche geschockt. Ebenso ihr Ja zur Einwanderung und zum Missbrauch vieler Asyl-einrichtungen! Einwanderer kaufen ja als erstes einen fahrbaren Untersatz – ganz entgegen den Vorstellungen der grünen Kandidatin. Mag sein, dass die Schweizer Demokraten der Wählerschaft das Einlegen des leeren Zettels am 24. November empfehlen werden! Sie danken allen herzlich.

*SD, Kantonale Parteileitung
Willy Schmidhauser,
Regierungsratskandidat*

Merci, Madame Dreifuss...

Fast unerträglich sind für viele Menschen in unserem Lande die nicht enden wollenden Lobeslieder vieler Medien auf die abtretende Bundesrätin. Doch genau diese Journalisten müssten mehr differenzieren und weniger glorifizieren. Frau Dreifuss hat unser Land und die Menschen dieses Landes mehr als betrogen. Schon vor über 10 Jahren hat sie uns sinkende Krankenkassenprämien versprochen – das Gegenteil ist eingetrof-

fen. Jährlich sind die Prämien in unerschwingliche Höhen geklettert. Schlimm aber ist die Tatsache, dass Frau Dreifuss den Menschen nie sagte, warum dies so sei! Es sind nämlich die unerhörten Zahlen der Einwanderer, der Asylbewerber, der Saisoniers und vieler anderer Kategorien von Zuwanderern. Wie denn das? Die Krankenkassen haben doch einst verlauten

Fortsetzung Seite 10

Merci, Madame Dreifuss...

Fortsetzung von Seite 9

lassen, sie könnten ohne höhere Prämien maximal 45'000 Einwanderer pro Jahr aufnehmen. Einwanderer hätten meistens einen medizinischen oder chirurgischen Aufholbedarf. Nun sagt der Bundesrat, unser Land habe etwas über 60'000 Zuwanderer im Jahre 2001. Mit keinem Worte wird erwähnt, dass real 110'000 neu gekommen sind! 60'000 ergeben sich, weil Rückwanderer (z.B. Pensionierte) einfach von den 110'000 abgezählt werden. Ähnlich geht es mit den Asylantenzahlen oder mit den Zahlen der Saisoniers und vielen anderen Kategorien!

Nun hoffen wir, dass die Menschen in diesem Lande am 24. November zur Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» aus Überzeugung Ja sagen. Jetzt muss das Volk handeln!

So viele fragwürdige Asylanten aus Afrika und der ganzen Welt überschwemmen unser Land und missbrauchen unsere Einrichtungen, um schliesslich unserer Jugend auch noch Rauschgifte der übel-

sten Art anzudrehen. Frau Bundesrätin Metzler von der CVP soll endlich wieder die Grenzen besser überwachen, denn Ausbeuter der afrikanischen Völker sowie Drogen- und Menschenhändler haben mit der Asyl-Initiative keine Chance mehr! Allerdings muss unser Land «Herr unserer Grenzen» sein, illegale Einwanderer müssen an der Grenze gestoppt und abgefangen werden und nicht erst in der Innerschweiz nach Wochen. Die Volksinitiative sagt Nein zu Asylgesuchen, wenn die Antragsteller über einen sicheren Drittstaat (z.B. Österreich, Italien, Frankreich oder Deutschland) eingereist sind, aber auch die illegale Einreise über die Flughäfen soll massiv eingeschränkt werden. Genau das ist absolute Notwendigkeit! Helfen wir den Menschen vor Ort, in ihren Ländern, und zwar mit Hilfe, die allen etwas bringt und egoistische Nutzniesser in die Schranken weist. Mit über einer Milliarde Franken pro Jahr für unwürdige Asylleerläufe könnte weltweit enorm vor Ort und fair geholfen werden!

SD Thurgau, Parteileitung

Ja zur Arbeitslosenversicherung sagen Thurgauer

WS. In Weinfelden haben Schweizer Demokraten intensiv beraten und analysiert. Sie meinen, die Öffner im Rahmen der Bilateralen zu Europa sei kontraproduktiv, unser Land drohe, von Nutzniessern ausgebeutet zu werden. Da sei es wichtig, Barrieren zu errichten, um unser Land und unsere Einrichtungen vor gewaltigen Missbräuchen zu schützen.

Wichtig sei auch, dass endlich die Arbeitslosen (über 100'000) und Ausgesteuerten (über 350'000) wieder in die Arbeitsprozesse integriert werden, anstatt täglich neue, billige Arbeiter ins Land zu holen. Schweizer Demokraten begrüßen die Reduktion der Abzüge ab 2004 als eine wichtige Verbilligung der Produktionskosten unserer Volkswirtschaft.

Unsere Konkurrenzfähigkeit bedürfe der Verbesserung. Auch die Reduktion von 520 auf 400 Bezugstage (mit vielen Ausnahmen) sei durchaus sinnvoll, gelte es doch,

die Zahl der Arbeitslosen rigoros und wenn immer möglich, auf Null zu senken, anstatt einer fragwürdigen Einwanderung von Billigstarbeitern das Wort zu reden. Die auf 640 Bezugstage erhöhten Verbesserungen vier Jahre vor dem Ruhestand fan-den Anerkennung, wie auch die Verbesserungen bei Krankheit oder Schwangerschaft!

Referent Beat Sulser erwähnte aber auch die Erhöhung der minimalen Beitragspflicht von 6 auf 12 Monate als sinnvoll, damit eben der befürchtete Arbeitslosentourismus mit der EU nicht eintrete. Bei zwei Gegenstimmen wurde ein JA zur Vorlage beschlossen.

Die Diskussion ergab schliesslich bezugnehmend auf die reduzierten 400 Bezugstage eine grosse Hoffnung: Wenn Arbeitslose auf das Sozialamt müssten, würden die Gemeinden sensibilisiert und dauerhafte Lösungen eher möglich!



Kanton Zürich

SD: Nein zu Buschors «Schulreform»

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich hat für die kantonale Volksabstimmung vom 24. November 2002 – die folgenden Empfehlungen beschlossen:

Kantonsverfassung (Änderung)	Nein
Volksschulgesetz	Nein
Bildungsgesetz	Nein
Staatsbeiträge an Integrationskurse	Nein
Fernwärmeerschliessung	Nein
Oberhauserriet	Stimmfreigabe

Mit der Einführung einer «professionalierten» Schulaufsicht und der Schaffung von Schulleitungen geht die demokratische Kontrolle des Schulwesens zu einem grossen Teil verloren. Die «Integration» eines Teils der Sonderschüler in die Regelklassen erschwert den Unter-

richt und hat ein weiteres Absinken des (masseneinwanderungsbedingt) ohnehin schon bedenklich tiefen Leistungsniveaus an den Volksschulen zur Folge. Es macht auch keinen Sinn, schon an der Primarschule Englisch einzuführen, beherrscht doch ein grosser Teil der Schüler(innen) nicht einmal die deutsche Sprache richtig. Mit grosser Mehrheit lehnen die SD auch das schlicht überflüssige Bildungsgesetz ab.

Die Assimilation der Ausländer lässt sich nicht mit Geld, sondern nur damit erreichen, dass endlich der Zustrom neuer Einwanderer aus immer fremderen Kulturkreisen gestoppt wird.

Zur Fernwärmeerschliessung Oberhauserriet waren die Meinungen im Kantonalvorstand geteilt. Die SD sind zwar einhellig der Meinung, dass die Überbauung dieser grossen Grünfläche ein Fehler ist, wird doch damit das obere Glattal endgültig zur Betonwüste. Die Befürworter gehen davon aus, dass sich diese weitere Landschaftszerstörung nicht mehr stoppen lässt, und stimmen aus ökologischen Gründen dafür, dieses Gebiet wenigstens mit Fernwärme zu heizen. Die Gegner hoffen, mit einem Nein zur Fernwärmeerschliessung die weitere Überbauung des Oberhauserriets zumindest einstweilen verhindern zu können.

Expo.02-Nachlese:

Positive Schweizer Werte fehlten



Ernst Christen,
pens. Musik-
direktor,
Bolligen

Mir ist es egal, ob eine Landesausstellung von einem Basler, Berner, Zürcher, Urner oder einer Marokkanerin geführt wird. Wichtig ist, dass eine Ausstellung die Leute anspricht und ihnen etwas vermittelt, was sie sonst nirgends aufnehmen könnten und damit ihr Leben bereichert und vertieft. Daran ist die Expo nicht sehr reich. Viel zu viel Klimbim und aufwändige Bauten. Wenn man vor einem der vielen tausend Fernseher, Lautsprecher, Klangröhren oder Klangkabeln stand oder sass, wurde man von unzähligen andern Klangquellen im gleichen Raum gestört, nervös gemacht und frustriert zum Weitergehen gezwungen.

Das und die unendlichen Wartezeiten vor fast jeder Halle offenbarten ein falsches Konzept. Wären nämlich, wie von den Leitern erwartet, noch mehr Besucher gekommen, wären die Menschen-schlangen noch länger geworden.

Weshalb Russisch?

Schlecht war auch die Beschriftung. Warum die riesige Schweizerkarte in Biel russisch beschriftet wurde, wissen von 20 Personen 19 nicht, weil sie die winzige Erklärungstafel beim Eingang übersehen, ja im Gedränge übersehen mussten.

Im Garten der Gewalt befragte ich viele Leute, wo da die Gewalt stattfindet. «Da, auf dieses Pedal müssen Sie treten.» Ja, und dann? Dann tönte aus einem Lautsprecher «Fahr ab!» Solche «Genialitäten» gab es mehrere.

In den religiösen Rostkammern am Murtensee erfuhr ich keine engelhaften Berührungen (Un ange passe). In einem baumelte ein Holzfigürchen an einem Faden, Kopf nach unten. Keine von mir befragte Person wusste Rat. Dass damit (laut Textbüchlein) angedeutet werden sollte: «Die Letzten werden die Ersten sein» – darauf kommt, das behaupte ich, von sieben Millionen Schweizern auch nicht einer.

In Neuenburg wurde man um einen grossen flammenden Ölbrenner herumgeleitet. Am Schluss wurde man schriftlich orientiert, jetzt könne man auslesen, ob man geröstet, gebraten oder gegrillt werden möchte. Sehr geistreiche Frage! So wären noch viele «Events» aufzuzeigen, die nichts

Anzeige

Der gute Schweizer Film

Verlangen Sie eine Liste der erhältlichen Videos.

Schweizer Filme
Windwurfstrasse 5
6314 Unterägeri
Telefon 041 750 57 53

wert waren, aber viel gekostet haben. Wieso, fragt man sich, wurden fast keine positiven Werte unseres Landes dargestellt? Wenn man bedenkt, wie Bundespräsident Villiger fast rot werden musste, als er bei der Aufnahme unseres Landes in die UNO die Lobreden von Vertretern der ganzen Welt auf unser Land entgegennehmen durfte, Lobgesänge, die nicht einmal Mutter Helvetia anzustimmen wagte, wenn sie denn singen könnte! In dieser Beziehung blieb die Expo kleinlaut, fast stumm.

Hat sich Aufwand gelohnt?

Positiv zu werten ist hingegen, dass die Ausstellung überhaupt zustandekam. Sie fand in einer grossarti-

gen Landschaft statt. Und dank der Expo lernten viele Menschen diese Region der Schweiz erstmals kennen. Das Verdienst der Verantwortlichen lag in der guten Ausnutzung dieses Geländes: Die Brücke und die Türme in Biel; in Neuenburg die Bauten der drei «Kieselsteine», in französischer Eleganz strahlend, die imponierende Konstruktion des Palais d'Equi-libre, die Wolke in Yverdon und der farbig schön schillernde Rostwürfel im Murtensee. Leider haben die Inhalte den Aufwand der Bauten schlecht gelohnt.

Man darf sich fragen: Hat diese Expo den Aufwand von 1,5 Milliarden und den Aufwand von 750'000 Franken für ihren «Retter» Franz Steinegger gerechtfertigt?

Welchen Patriotismus hat Nelly Wenger entdeckt?

E X P O . 0 2

Laut Presse soll die Expo.02-Direktorin Nelly Wenger gesagt haben, die Expo sei eine Baustelle eines neuen Patriotismus gewesen und habe zu einer Nachfrage nach einer neuen schweizerischen Identität geführt. Das glaube ich gern. Leute, welche die Expo gesehen haben, sagen praktisch übereinstimmend aus, die Expo sei zwar – wenns hoch kommt – eine originelle Ausstellung gewesen, aber was das mit einer schweizerischen Landi zu tun haben soll, wüssten sie nicht. Das glaube ich gern, denn wie sollte eine in Marokko geborene Französin sich in die schweizerische Identität versetzen. Dass die Besucher deshalb einen «neuen schweizerischen Patriotismus gesucht haben», ist für mich klar. Oder meint Nelly Wenger etwa

den französischen oder marokkanischen Patriotismus? Den französischen wohl kaum, denn in Frankreich würde es niemand wagen, die Nationalheldin Jeanne d'Arc dermassen zu verhunzen, wie das an der Expo.02 mit unserem Nationalhelden Wilhelm Tell geschehen ist, und wenn die französische Nationalfahne öffentlich verbrannt würde, kämen die Täter mit Sicherheit vor Gericht. Ebenfalls Leute, welche die Franzosen mit Affen gleichstellen, wie dies mit uns Schweizern geschehen ist, und dies erst noch an der offiziellen «1.-August-Feier» an der Expo. Ich bin jedenfalls froh, dass ich diese schweizerfeindliche Ausstellung nicht gesehen habe, auch nicht, als ich als Grossrat am Aargauer Tag dieselbe hätte gratis besuchen können.

Dragan Najman, SD-Grossrat, Baden (einer, der keinen «neuen schweizerischen Patriotismus» braucht, sondern mit dem bisherigen sehr zufrieden ist)



Stopp dem Asylmissbrauch!

Zwar behauptet Bundesrätin Ruth Metzler, die SVP-Initiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» sei nicht durchsetzbar. Dies dürfte allerdings nicht an der Initiative selbst liegen, sondern am Willen der Bundesrätin und ihrer Entourage, die Ziele der Initiative gegebenenfalls umzusetzen. Tatsache ist, dass die Schweiz im Verhältnis zur Wohnbevölkerung europaweit mit Abstand am meisten sogenannte Asylbewerber hat. Während unsere Nachbarländer eine härtere Gangart im Asylwesen praktizieren, werden bei uns neue Aufnahmезentren gebaut. Frau Metzler stellt zwar eine Verschärfung des Asylrechts in Aussicht, warum aber erst im Vorfeld der Initiative? Der Asylmissbrauch existiert aber schon seit Jahrzehnten! Schon ihr Vorgänger, alt Bundesrat Arnold Koller behauptete 1996 keck, er hätte das Asylwesen im Griff. In Wirklichkeit befand er sich – wie Frau Metzler heute – selbst im Griff der Asyllobby.

Was für Folgen hätte eine Lösung des Asylproblems für diejenigen, die vom Asylwesen leben? Die

Mitarbeiter des BFF (Bundesamt für Flüchtlinge), Mitglieder der im Asylbereich tätigen Kommissionen und Arbeitsgruppen, Asylantenbetreuer und Asylanwälte wären überflüssig und müssten sich neue Jobs suchen. Involvierte Hilfswerke und assoziierte Propagandaorganisationen hätten massive Einkommensverluste hinzunehmen. Verständlich, dass die erwähnten Hauptprofiteure der Asylproblematik die hängige Initiative vehement bekämpfen. Weil sie auf die Pfründe, die ihnen die gegenwärtige Asylpolitik aus unseren Steuergeldern so reichlich beschert, nicht einfach verzichten wollen. Auswüchse des Asylchaos werden aus diesen Gründen billigend in Kauf genommen: Sobald ein illegaler Einwanderer seinen Fuss in unser Land setzt, kommt er in den Genuss von Menschenrechten. Er vernichtet oder versteckt seine Papiere, macht falsche Angaben über Identität und Herkunftsland, stellt Forderungen und nimmt an von der Asyllobby organisierten Demonstrationen teil. Hat sein aus unseren Steuergeldern bezahlter

Asylanwalt das Verfahren durch Rekurse lange genug verzögert, wird der Asylbewerber «vorläufig aufgenommen», das heisst, er kann bleiben. Wird sein Asylantrag je abgewiesen, bleibt er trotzdem und erhält zudem noch Sozialhilfe. Asylbewerber, die mit Drogen handeln, werden zwar festgenommen, am nächsten Tag sind sie wieder auf freiem Fuss und handeln weiter mit

Drogen, Menschenrechte und Letzhargie des Bundesrates machen es möglich. Wie steht es aber mit den Menschenrechten derjenigen, die Opfer einer von diesen Leuten begangenen Straftat werden? Diese Frage interessiert bezeichnenderweise weder die zahlreichen einschlägigen Kommissionen, noch das BFF oder gar die Hilfswerke.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Gespielter Sinneswandel

Nachstehende Zeilen habe ich als Leserbrief der NZZ zugehen lassen. Erfahrungsgemäss wurde dieser nicht veröffentlicht, stellt sich doch die NZZ-Redaktion gegen die Asyl-Initiative.

Frau Metzler meint, es sei notwendig, dass die Bevölkerung Vertrauen in die Politik des Bundesrates habe, dass die Regierung ehrlich sei und eine Asylpolitik betreibe, ohne dem Volk Sand in die Augen zu streuen. Das sind ja wahrlich schöne und hehre Worte, die Tatsache ist aber eine ganz andere. In der Vergangenheit wurden wir doch oft mit leeren Versprechungen, faulen Zusagen, falschen Prognosen und Zahlen vor wichtigen Abstimmungen arg getäuscht. Das kann nun ganz einfach nicht wegeleugnet werden.

So ist denn auch zu vermuten, dass das Stimmvolk im Zusammenhang mit der Abstimmung über die

zweite Asylinitiative erneut über den Tisch gezogen werden soll. Wie anders ist sonst zu verstehen, dass uns so kurz vor der Abstimmung vom Bundesrat ein eigentlicher Sinneswandel vorgespielt wird und es plötzlich möglich geworden ist, Hundertschaften von illegal eingereisten Roma innert nur weniger Tage auszuweisen? Auch das mediengerecht präsentierte energisiertere Vorgehen gegen die vielen Drogendealer aus Schwarzafrika muss wohl ebenfalls unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Das ist Hektik pur. Scheingefechte, wie man sie von früheren Abstimmungen kennt.

So würden zum Beispiel die bundesrätlichen Versprechungen und Beschwichtigungen vor der Volksabstimmung zur Revision des Asylgesetzes im Jahre 1987 oder die Schönfärbereien und Zusagen

Fortsetzung Seite 12

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit denjenigen der Redaktion.

Gespielter Sinneswandel

Fortsetzung von Seite 11

von Bundesrat Koller im Hinblick auf die erste Asyl-Initiative im Jahre 1996 ganze Seiten füllen. Die Töne aus dem Bundeshaus und aus Kreisen einer breiten Asylantenindustrie sind auch heute wieder die gleichen. Lassen wir uns diesmal nicht noch einmal bluffen.

Heini Weber, Zürich

Augenwischerei

Die vom Departement Metzler präsentierten Massnahmen gegen kriminelle Asylbewerber aus Afrika konnte man voraussehen! Das ist reine Propaganda gegen die Asyl-Initiative. Wie schon vor vergangenen Initiativen will Bundesbern dem Volk weismachen, man habe die Lage schon im Griff. Und kaum ist die Initiative mit falschen Versprechungen gebodigt, geht die «laissez faire»-Politik munter weiter. Aber wir lassen uns nicht wieder von Bern täuschen! Wir haben es am 24. November in der Hand, mit einem deutlichen JA zur Asyl-Initiative endlich konkret etwas gegen den grassierenden Asylrechtsmissbrauch und die wachsende Kriminalität zu unternehmen!

Urs V. Ledergerber, Wettingen

in unserem Land von den Tagträumern erreicht, oder eben nicht erreicht wird, könnte in den Herkunftsländern zig Tausenden von echten Bedürftigen eine Hilfe sein. Von Billig- bis Luxuswohnraum ist alles knapp und fast jeder will helfen – was bedeutet denn das eins zu eins?

Richtig; Wohnraum- und Arbeitsstellenverknappung, gesteigerte Bautätigkeit auf Agrarland (Selbstversorgung lässt grüssen). Noch mehr innere Unruhe.

Diese inneren Unruhen sind schon stark vorhanden, denn für uns gehören Diebstahl, Dealen von Drogen, Sach- und Personenschäden eben in dieses Kapitel. Deshalb unterstützen wir Schweizer Demokraten die Initiative, damit endlich die Forderungen der Schweizer Bevölkerung und die unserer Partei, die seit Jahren in

Parlamenten und der Regierung geforderten Mindestmassnahmen, umgesetzt werden. Die Regierung versucht nun, wie bei vorangegangenen Abstimmungen, das Ruder mit löchrigen Kompromiss-Flick-Klauseln herumzureissen, um dann festzustellen, dass wiederum Millionen verlockt wurden, damit Anwälte noch kompliziertere Asylprozesse führen dürfen. Stimmen wir am 24. November 2002 für die Volksinitiative, denn wir wollen Schutz für verfolgte Menschen gewähren, aber niemals den kriminellen Scheinasylanten und ihren Helfern eine neue Zukunft aufbauen.

Lehren wir diese Ausbeuter und Ausbeuterinnen inkl. ihre Helfer, unsere Kultur und Gesetze zu respektieren, **gehen wir abstimmen!**

Roland Schöni, SD (Schweizer Demokraten BeO)

Wir Schweizer schlucken alles

Krankenkassen: Kosten von Einwanderern und Asylanten

Einst wurde klar definiert: Die Krankenkassen in der Schweiz können pro Jahr auf keinen Fall mehr als 40'000 neue Asylanten aus aller Welt aufnehmen, andernfalls der finanzielle Ruin drohe. Egal ob Einwanderer oder Asylanten, beide hätten grossen medizinischen Nachholbedarf, und dieser kostet das Gesundheitssystem so viel, dass die Krankenkassen niemals Schritt halten könnten.

Im vergangenen Jahr haben die Krankenkassen beinahe eine Milliarde Franken rückwärts gemacht, und zwar nach jahrelangen Erhöhungen der Prämien (zum Bei-

spiel allein 40 Prozent seit 1998). Heute haben wir über 400'000 Papierlose, 100'000 Einwanderer im vergangenen Jahr gegen 40'000 Asylanten, die allesamt und innert Monatsfrist in Krankenkassen aufgenommen werden müssen.

Und kaum ist man in der Schweiz, geht man auch gleich zum Doktor oder Zahnarzt, um munter alles auf Kosten der regelmässigen Krankenkassen-Zahler in Ordnung zu bringen. Frau Dreifuss und ihre Partei wursteln weiter an der Krankenkasse, und wir Schweizer schlucken alles schön bei gleichzeitigen Abstrichen für Alte und Familien.

Rolf René Veil, Wohlen

Löchrige Schweizer Grenze

Einmal mehr müssen wir mit viel Steuergeld eine Volksmeinung durchsetzen, weil das Bundesamt für Flüchtlinge in Bern seit Jahren das Schweizervolk mit Flutinformationen zu täuschen versucht.

Fakt 1. ist, dass vermehrt kriminelle Flüchtlinge die löchrigen Schweizer Grenzen beinahe unbehelligt passieren können. Fakt 2. ist, dass diese scheinbaren Asylsuchenden nach jeder Straftat innert 48 Stunden wieder auf freiem Fuss sind und das nächste Delikt ausführen können.

Statt diese Elemente mit den eigenen Landes-Flugbetrieben abzuschleppen, werden diese mit Charterflügen und Begleitpersonal auf eine Flugreise (mit Rückreise-indie-Schweiz-garantiert-Ticket) geschickt. Was das Bundesamt in Betracht ziehen muss, unterlässt es

tunlichst – nämlich mit dem Polizeidepartement zusammenzuarbeiten! Personenpässe mit dem Inhalt – straffällig gewordene, illegal eingereiste Person aus dem Balkan, dem Osten oder Afrika etc. etc. ausstellen und anschliessend ab an die Grenze. Für «Rückkehrer» keine Unterkunft, keine finanziellen oder ähnlichen Unterstützungen. Die Anwälte von straffällig gewordenen Scheinasylanten verwarnen und bei Verdacht von krimineller Unterstützung den Status entziehen.

Die Ärzte, Zahnärzte und Sozialhelfer müssen in ihren Kompetenzen herabgestuft werden, damit unser Krankenkassensystem und die Sozialwerke für das Schweizervolk und ECHTE Asylanten bewahrt werden können. Was mit einer Million Schweizer Franken hier

Asylmissbrauch – Einreise in die Schweiz

Im Zusammenhang mit der Einreise von Asylsuchenden (Asylmigranten) erstaunt am meisten, dass es offenbar möglich ist, ohne persönliche Papiere (Pass, Personalausweis, Reisedokumente) in die Schweiz einzureisen.

Wie kommt es, dass irgendwelche Leute offiziell in die Schweiz einreisen und die Grenzkontrollstellen ohne Vorweisen eines Dokuments passieren können? Wieso werden Migranten, die Asyl beantragen oder sich anderswie in der Schweiz niederlassen wollen, nicht ausnahmslos verpflichtet, sich mit gültigen Papieren auszuweisen? Schliesslich bedarf auch jeder Schweizer, der das Land verlässt und danach wieder einreist, eines gültigen Personalausweises (Pass, ID). Weshalb werden Ausländer anders behandelt als Schweizerbürger? Und wie ist es möglich, dass papierlose Ausländer selbst dann noch Zutritt erhalten, wenn sie ihren Namen und ihre Herkunft verschweigen?

Die gängige Praxis an den Grenzkontrollstellen ist vollumfänglich inakzeptabel. Sie verletzt nicht nur die überall geltenden Bestimmungen im internationalen Reiseverkehr, sondern auch und vor allem die Staatshoheit der Eidgenossenschaft (Schutz der Grenzen) und das Asylrecht. Leute, die keine Papiere haben resp. vorweisen wollen und die sich weigern, Angaben zu ihrer Person und Herkunft zu machen, verwirken durch ihr Verhalten das Recht auf Einreise und noch viel mehr das Recht auf Asyl. In der ganzen Welt ist es so, dass man ohne gültige Fahrausweise (Bahnkarten, Flugscheine usw.) die entsprechenden Verkehrsmittel (Bahn, Flugzeug usw.) nicht betreten resp. benützen kann. Also müssen irgendwelche Reisedoku-

mente vorhanden sein, die sich nicht einfach in Luft auflösen. Und ein jeder Mensch weiss, wie er heisst und woher er kommt, so dass eine diesbezügliche Amnesie in keinem Fall gegeben ist und somit auch nicht einfach akzeptiert werden darf.

Besonders am Flughafen scheint es möglich, dass auf dem Wege vom Flugzeug zur Grenzkontrollstelle (in der Regel zwischen 50 und 200 m) die persönlichen Dokumente zum Verschwinden gebracht werden können. Also wäre zu fordern, dass die Grenzorgane ihre Kontrollen unmittelbar am Ende der Fingerdocks vornehmen. Wer auch dann noch vorgibt, keine Papiere zu besitzen, müsste festgehalten und ohne Verzögerung wieder abgeschoben werden – auf Kosten derjenigen Airline, mit der er/sie einreiste. Jede Fluggesellschaft führt Passagierlisten, so dass sich ohne viel Aufwand feststellen lässt, wer der papier- und namenlose Passagier ist, wo dieser seine Reise antrat und welche Airline er benutzte.

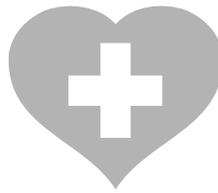
Es erscheint mir dringend notwendig, dass die zuständigen Stellen angewiesen werden, geeignete Massnahmen in die Wege zu leiten und durch ein rigoroses und effizientes Vorgehen davon abgehalten werden, ihrerseits dem Missbrauch des Asylrechts Vorschub und auch Beihilfe zu leisten.

Francesco Ficicchia, Glattbrugg

Liebe Leserinnen und Leser

Je kürzer und prägnanter Ihr Leserbrief ist, um so eher sehen wir die Möglichkeit einer Publikation.

Ihre SD-Redaktion



L'impossible solution



Mary Meissner

On devrait plutôt parler de quadrature du cercle, devant les vagues migratoires qui ne cessent d'alimenter la presse, le racisme ou la haine. Le centre genevois Contact Suissesimmigrés, demande que l'on discute sur la place publique autant chez nous que chez nos voisins, de la situation des migrants en général et des Roms en particulier, ce peuple voyageur sédentarisé par la force. Ce Centre inclus les Jenish suisses qui doivent encore aujourd'hui, faire face à des problèmes difficiles

à résoudre. Pourtant, il n'y a pas trente-six manières de solutionner ces problèmes récurrents qui semblent insurmontables, puisqu'il y a chez nous un manque chronique de logements, de terrain, que les étudiants ne trouvent pas à se loger, que la bonne terre arable se couvre de béton à raison de 1m² seconde, que nos enfants ne peuvent fonder une famille faute de place, que les animaux meurent ou s'enfuient devant la déforestation, que les agriculteurs abandonnent leurs fermes et leurs troupeaux, et on se demande pourquoi nos édiles ne font rien ou pas grande chose.

La meilleure solution est le renvoi de tous ces gens chez eux. Les Africains, comme les tziganes roumains, fuient des endroits immenses, des terres en friches, des champs en jachère, alors qu'avec une aide sur place ils pourraient

survivre convenablement. Mais voilà, il faut mettre de l'huile de coude dans leur paresse ancestrale. Concernant les Africains, on voit bien les résultats scandaleux au Zimbabwe. Les fermiers blancs cultivaient les terres, maintenant, les autochtones détruisent, occupent, mais ne plantent plus. Ils appellent à l'aide pour manger, mais ne lèvent pas le petit doigt pour se nourrir eux-mêmes en continuant le travail des fermiers chassés à coups de fourche.

J'ai été visiter des villages roumains en Moldavie et plus loin que Iasi, puis près de Buzias. Ceux occupés par les Roms sont évidemment pauvres, parce que ces tziganes préfèrent chanter et danser, attendant que les pigeons rôtis tombent du ciel. Mais ils ont l'avantage de vivre presque en symbiose avec la nature. Sur les chemins vicinaux des chars à bancs

roulent tirés sans bruit et sans odeur de pétrole, par des chevaux. Les rivières sont claires et reflètent des arbres centenaires faisant de l'ombre aux poissons, que les Roms ont la flemme de pêcher. Donc, le renvoi chez eux est une solution écologiquement pratique et sensée. Au lieu de venir se faire entretenue chez nous sans rien faire, mieux vaut les aider chez eux. De plus, leur logique et celle de leurs dirigeants manque de cohésion et la planification communiste n'a laissé aucune trace. Déboussolés, paupérisés, ils viennent s'entasser dans des mégapoles polluées, mal agencées, et insalubres, nid de toutes les turpitudes, de la misère et de la délinquance. Non seulement ils ruinent leur santé et leur avenir, mais ils provoquent un rejet des populations qui doivent se serrer de plus en plus et s'entasser de mal en pis.

Le Pilori

Droits de l'Homme à plusieurs vitesses

Nos bien pensants continuent à voir le monde à travers leur prisme humanitaire et veulent imposer leur conception des Droits de l'Homme. Or ceux-ci, depuis qu'ils existent n'ont pas cessé d'être bafoués par ceux-là même qui ont signé la sacro sainte charte. Que dire des autres? N'est-ce pas un combat perdu d'avance?

Il y a une polémique dans le journal du Courrier à Genève, concernant l'échange de lettres entre le prof. Ramadan, grand prêtre islamique à la mosquée de Genève et des lecteurs outrés par sa prise de position sur le lynchage des femmes adultères qu'il approuve et du sida qu'il considère comme une punition divine. Les Droits de l'homme sont invoqués, mais Ramadan les réfute. Question: d'assassiner à coups de pierre une femme adultère, est-ce oui ou non une atteinte au droit imprescriptible d'un être humain féminin de disposer de son corps, alors que l'être humain masculin participant, reste impuni? Quant à mettre les sidéens dans le même panier et les rejeter en masse, est-ce également un précepte sacré dans la charte droit de l'homme? Ce qui prouve dans ce cas précis, que le prof. Ramadan (ens-

eignant à Genève (??) est en porte à faux et ne devrait ni enseigner, ni résider dans notre pays!

L'absurde poussé à son comble

Effectivement, envoyer des tonnes de crème par camion de Suisse en Belgique et en Italie pour être conditionnée en sprays, est non seulement une absurdité pour gourmets superflue, mais une atteinte directe sur l'environnement et une contrainte par des camions encombrants les routes. Il y a pire, puisque du lait allemand est envoyé en Grèce pour être mis en pots de yoghourt, alors que ces transformations concernant d'autres produits peuvent être conditionnés sur place ou en tous cas dans le pays à proximité.

Faire des milliers de kilomètres en camions citernes qui consomment des tonnes de fuel, c'est tellement débile, qu'on peut se demander où s'arrêtera cette course au profit... Mais au fait, quel profit réel?

Il y a pire que ces bombes aérosols factices et inutiles, c'est le transport d'animaux vivants qui vont être égorgés au loin, après d'énormes souffrances! Pourquoi ne pas les tuer à proximité et envoyer la viande congelée? Parce que le ventre et les papilles des humains gourmands ne reculent devant aucun sacrifice, tant qu'il ne s'agit pas de leur gour-

mandise. Nous vivons dans le siècle le plus absurde de notre ère.

Le witz du jour

Il ne manquait plus que ce «witz» d'Expo.02, les toilettes de Nelly Wenger. Moi je dirais plutôt des sacs qui recouvrent une silhouette probablement peu encourageante! Nelly a fait appel à la «relookeuse» Christa pour habiller son corps de marocaine dans de vastes plis sans forme. Myriam Hoffmann, une autre relookeuse neuchâteloise estime que le stylisme vestimentaire de Nelly Wenger, reflète sa personnalité - épuré, avant-gardiste et graphique, oh!lala! - s'harmonise avec les messages que véhicule Expo.02. Que c'est bien dit!

Quant à Christa, la réalisatrice, elle voulait «que Nelly Wenger soit élégamment vêtue et je crois que c'est très réussi, puisque cela souligne son charme oriental». Effectivement, nous constatons une fois de plus que cette exposition dite «nationale» n'a aucun lien affectif avec l'Helvétie. Et les commentaires soulignant le fond d'une expo désopilante et burlesque en harmonie avec le look oriental de Nelly sont pour une fois acceptables.

Méchanceté

Quand on veut abattre son chien, on dit qu'il a la galle, même si ce n'est pas vrai. Or, dans le jugement

qui vient d'interdire la diffusion et la vente du livre agréant l'abattage rituel à Münchwiler, il faut reconnaître que, pour une fois, la logique et la raison ont remporté une victoire. En effet, Erwin Kessler se considérait atteint dans sa personnalité, car dans l'ouvrage incriminé, on affirmait que le fondateur de l'association contre les fabriques d'animaux (VgT) entretenait des contacts avec les néonazis et les révisionnistes. Comme quoi de telles accusations pour tuer un homme ressemblent à la galle du chien.

Ca continue!

Après Pinchat à Genève qui refuse d'accueillir plus de 500 demandeurs d'asile de l'Europe de l'Est et de l'Afrique de l'Ouest que Monsieur Moutinot, lui, accepte de loger dans des immeubles neufs à construire (au lieu d'offrir ces logements aux étudiants qui ne trouvent aucun endroit décent), c'est le Centre d'enregistrement de Bâle qui doit faire une intervention policière contre une cinquantaine de réfugiés venant des pays susmentionnés, dealant toutes sortes de drogues. Après de telles informations, on comprend mieux les réticences d'un village genevois à accepter ces gens qui vivront au milieu d'écoles et de paisibles villas. Nos autorités n'ont aucun scrupule à pourrir nos plus beaux villages et quartiers urbains.

Adieu et bon débarras!

Elle s'est terminée comme elle a commencé. L'Expo 00 nous a présenté hier soir une musique discordante où chaque instrument jouait sa propre mélodie sans s'occuper du voisin. Heureusement que la cérémonie de clôture a été moins coûteuse que celle de l'ouverture, et surtout moins vulgaire et stupide que les présentations bonobos du 1^{er} août. Il faut quand même reconnaître que la jeune fille en rose à la croix blanche sur la poitrine, a donné le seul point positif en susurrant une mélodie d'adieu mélancolique reflétant les horizons tristes de la région des trois lacs.

Conclusion: cette exposition ne nous aura rien appris sur l'avenir de la Suisse. Elle a évité de suggérer des solutions originales ou par une troisième voie, les problèmes liés à nos impôts, à nos routes encombrées, à nos montagnes salies, à notre laïcité étatique face à l'islam, aux coûts mal partagés dus à la migration et au quart monde existant aussi chez nous. Tout a été noyé dans la nébuleuse du nuage d'Yverdon et dissout dans le culturel évanescence cachant la dure réalité.

Payer plus d'un milliard de francs et se déplacer coûteusement pour aller assister à des performance

E P O . 0 2

théâtrales ou musicales loin de chez soi, c'est payer bien cher une place identique obtenue à bon compte à côté de chez nous.

Bref, personnellement, je ressens une sorte de soulagement en lisant les quotidiens, magazines, et ouvrant la télévision, de ne plus tomber inlassablement depuis 159 jours sur des émissions braquées sur la jambe cassée d'un tel, le furoncle douloureux d'un autre, les doléances d'un troisième ou l'admiration exagérée de gamins en

course d'école, ou de gulus invités gratuitement. Les médias se sont donné le mot pour occulter les trop fortes critiques probablement «priés» de ne pas «couler» cette performance déjà en mauvaise posture financière dès le départ. Si l'on doit passer à la caisse, ce sera mieux de convaincre la population que ces dépenses valaient vraiment la peau des fesses.

Comme le répète Nelly Wenger, chacun fera son cinéma dans ses souvenirs qui s'effaceront comme disparaissent les arrangements architecturaux de l'Expo, dont la destruction a commencé ce matin.

Mary Meissner

Un assassinat programmé

Paul Wellstone, sénateur démocrate du Minnesota, 58 ans, était engagé dans une course très serrée contre Norm Coleman candidat recruté par le Président Bush pour tenter de faire passer le Sénat en mains républicaines. Actuellement les démocrates n'ont la majorité que d'une voix et le Minnesota était l'un des Etats décisifs pour le contrôle de la Chambre Haute. J'ai écrit «était», parce que son assassinat a été planifié afin de laisser la chance à l'ami de Bush, va-t-on guerre comme lui. Paul Wellstone est mort dans un accident d'avion non loin de la frontière canadienne. Il était accompagné de sa femme, de sa fille et de cinq autres personnes. Il ne se présentera pas aux élections du 5 novembre et le meeting auquel il se rendait n'entendra pas ce qu'il avait à dire contre la politique étatsunienne actuelle. Ce sénateur ayant été le seul au Minnesota à voter non à une attaque contre l'Irak, il était dangereux à plus d'un titre et comme pour les attaques des Tours du World Trade Center à New York, certains éléments ivres de pouvoir n'ont pas hésité à tuer dans le cas présent 8 personnes, pour arriver à leur fin.

Source: Lettre d'information de Pierre de Villemarest

Il y a d'autres crimes politiques

C'est le moment ou jamais de dénoncer la nouvelle tendance médiatique à désinformer à tout vat, à cacher ou à mentir concernant les terribles événements actuels... Ainsi on ne parle pas de la mafia venue de Russie qui s'est installée en Israël où la puissance du crime organisé a pris de telles proportions, qu'une loi est mise au point à la Knesset. Le criminologue Menachem Amir a précisé que la traite des femmes, par exemple, à partir d'Israël, est la troisième du point de

vue activités dans le monde, prostitution, espionnage et trafics divers. La presse a passé sous silence la biographie réelle du prince Claus des Pays Bas lors de son décès. Il est intéressant de savoir que le rôle de sa famille a été de créer le club euro-américain des Bilderberg dont le prince a été le premier président en 1954. Claus et Béatrix ont été ses successeurs jusqu'à maintenant... Cette famille a des liens très forts avec la haute franc maçonnerie internationale, notamment avec la société fabienne anglo-américaine qui travaillent à un Nouvel Ordre Mondial dont l'euratlantisme est devenu le moteur essentiel et l'OTAN, l'instrument non plus d'opposition à l'URSS, mais une patiente négociation pour persuader Moscou d'un compromis permettant une évolution pacifique vers une réconciliation est-ouest, dont nous voyons aujourd'hui le résultat.

La désinformation se fait par de faux bruits comme l'accusation qui a mis en cause Saddam Hussein dans le gazage de 5000 habitants au Kurdistan irakien... Selon le responsable de la CIA pour l'Irak en 1988 (maintenant à la retraite) ce sont les Iraniens qui ont commis ce crime et fourni au monde entier des photos truquées du drame. A l'époque Saddam Hussein ne disposait que de gaz moutarde, alors que les victimes devenues bleues avaient été tuées par un gaz appelé «blood agent» que seuls possédaient à cette époque les Iraniens des Pasharsans, les Gardiens de la Révolution. Dans ce cas, c'était la tactique du chien qui a la rage et que l'on doit abattre. L'Irak étant le chien.

Un autre escamotage dans la presse française concernant une conférence au sommet, c'est la réunion fin septembre à Houston, Texas, d'une centaine de PdG et d'experts russes et américains, sous la présidence de Donald Evans, secrétaire d'Etat à l'énergie German Greff, ministre russe de l'Economie et du Développement rapide de la production, afin de fournir au plus vite

20% des besoins américains en pétrole, grâce à un investissement d'un milliard de \$. Il s'agit des groupes Conoco-Phillips, et Chevron/Texaco. Il ne faut pas oublier que la LUKIOL, enfant chéri de l'entourage de Poutine dispose déjà aux USA d'une importante chaîne de stations de pétrole rachetée au groupe Getty.

Donc, petit à petit et dans le silence médiatique surtout, les pétroliers anglo-américains, les héritiers d'Elf, Total et Cie, ainsi que leurs équivalents allemands participent à ces jeux stratégiques qui mettent en place les moyens de changer une carte au Moyen et Proche Orient avec l'aide du clan belliciste de Washington. Tout cela se cache derrière l'argument de la diversification des sources pétrolières et, bien entendu, politiquement, du combat contre le «mal».

Les mensonges, les palabres secrètes, les menaces répétées de Bush ne servent qu'à préparer l'opinion mondiale à une guerre totale contre l'Irak pour lui voler son pétrole. Peut-on ou doit-on encore compter sur les réactions des Emirats du Golfe et de l'Arabie Saoudite? Ces pays sont en déficit budgétaire et le mécontentement s'accroît dans les provinces... Ce ne sont pas les vociférations de Schröder ou les hurlements de Chirac qui peuvent modifier ces projets géo-stratégiques. On n'est plus au temps de Sarajevo et des dépêches retardées, mais le climat est le même avec des turbulences prémonitoires du même acabit.

Quelques vérités sur Mark Rich

En Suisse, il y a une Fondation Mark Rich qui s'occupe depuis des années d'octroyer des bourses d'études et de financer de jeunes talents au nom d'une philanthropie dont le spéculateur George Soros n'est pas le seul exemple. Quelle

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

dérision! Lorsqu'on sait que Mark Rich a fait sa fortune dans des trafics illégaux, contre les intérêts américains et français, avec l'Iran, l'Afrique du Sud, la Libye et l'Irak jusqu'à une date récente. Cet individu que l'on suspecte être un agent du Mossad par dessus le marché, a bénéficié de la clémence du président Clinton qui était à la fin de son mandat, mais qui a été dans les faveurs de ce gang richissime. Rich a réussi à s'infiltrer à l'Alfa Bank de Moscou où Michael Friedmann est un des obligataires qui ont successivement soutenu Gorbatchev, Eltsine et maintenant Poutine. Il est ainsi lié aux frères mafieux Tchernoi qui contrôlent 70% de la production mondiale d'aluminium. La Fondation Mark Rich devrait aussi s'occuper de la survie d'Alu suisse! Vu ce qui précède, ce serait la moindre des choses! Surtout que ce milliardaire refuse d'être extradé aux USA pour y être jugé pour fraude fiscale. Ce serait en remerciement de la planque que lui offre la Suisse, sans état d'âme.

Lotty Ormel

Le Piloni

Poudre aux yeux

Ruth Metzler essaie d'effacer son insouciance coupable en faisant de grandes déclarations qui cachent une espèce de frustration politique. C'est tellement plus facile de s'attaquer à un parti qui n'est pas le sien, sous la protection du politiquement correct et avec les picaillons de contribuables suisses qui n'ont rien à dire! Franchement, nous vivons dans une république bananière.

Invalidation obligatoire

Nous lisons dans la presse qu'à Belgrade, les votations présidentielles serbes ont été invalidées parce que la participation a été inférieure à 50%. Je propose que la Suisse fasse de même. Si la majorité des citoyens décide de garder leur opinion par devers eux et qu'il n'y ait qu'un petit pourcentage toutes voix confondues, les résultats sont proclamés nuls et non avenue. Ou bien, comme à Schaffhouse, on facture de lourdes amendes aux citoyens récalcitrants.

Octopus

patient qui est retournée chez elle depuis longtemps. Or celle-ci durant son séjour dans cette clinique ne recevait que fr. 3000.-. Il paraît que l'Helsana répondit qu'elle continuait ces versements en prévision d'une possible rechute ou d'un nouveau cas de ce genre. Mais pourquoi ces versements viennent-ils du Canada? Qu'est-ce que c'est que cette nouvelle embrouille? Dans le même ordre d'idée, on pourrait demander pourquoi les requérants d'asile sont traités mieux que les citoyens suisses, Ils se promènent en Mercedes, reçoivent des leçons de conduite gratuites, sur demande on leur rénove des appartements en posant des tapisseries et des moquettes neuves, des appareils sanitaires, des frigos et des machines à laver. Croyez-vous qu'une famille du quart monde suisse a les mêmes avantages? De plus une famille d'asiliants reçoit fr. 3500.- par mois, assurance

maladie payée.

Comment ne pas croire ces «rumeurs» quand on se souvient de la FAREAS Vaud qui se fit sonner les cloches pour avoir dépassé son budget de 2 millions, alors que si l'on avait écouté ces fameuses «rumeurs» qui étaient en réalité des libéralités, que notre journal avait dénoncées à plusieurs reprises, ces «fonctionnaires» auraient pu être sanctionnés à temps.

En ajoutant les montants d'argent liquide offert aux réfugiés qui acceptent de retourner chez eux, on peut dire que nos impôts sont distribués sans discernement et que nous sommes des imbéciles de contribuables.

Alors au lieu de déposer plainte contre les primes d'assurance, commençons par demander des comptes à ceux qui distribuent des millions tous azimuts sans contrôle rigoureux, Monsieur Deiss en tête.

Mary Meissner

En Suisse

Dans ce même ordre d'idée, je ne comprends pas pourquoi nos autorités, au lieu d'envoyer des centaines de réfugiés dans nos villages à l'étroit dans nos campagnes refusent la possibilité de répartir ces demandeurs d'asile dans nos montagnes dont les chalets sont abandonnés et qui se dégradent où auprès des gardiens de troupeaux qui se lamentent du manque de bergers. Ces touristes économiques devraient faire un effort pour nous aider au lieu de se laisser entretenir. D'un côté nous devons travailler pour eux tout en laissant le champ libre aux lynx et aux loups. Le comble de cette politique laxiste o! combien! sera l'entrée dans l'Union européenne des quinze, de dix pays d'où proviennent en majorité ces migrants attirés par notre «richesse» qui ont le culot par dessus le marché, de demander l'asile politique! Ils n'ont qu'à attendre puisque l'une des règles de l'UE c'est l'abolition des frontières entre les pays membres. Tous ceux qui voudront tenter leurs chances

n'auront qu'à tâter le terrain dans nos pays riches, qui ne le resteront pas longtemps.

En effet, nous lisons journalièrement dans les médias que la drogue fait de terribles ravages dans les pays de l'Est. Que le SIDA devient une pandémie incontrôlable, que la violence est en recrudescence et la pollution par le tabac et les déchets jetés dans la nature, sont le côté délirant qui viendra bientôt chez nous. Comme l'agriculture dans ces pays est catastrophique, il n'y aura jamais assez d'argent pour obtenir des péréquations équilibrées.

Il y aura après l'élargissement de l'UE, une baisse du niveau de vie dans les quinze pays de l'Union actuelle, au niveau des nouveaux membres, et certainement pas le contraire. Il y aura des désillusions écoeurantes qui pourront conduire à tous les excès. Et pourquoi ne deviendrons-nous pas, à notre tour, des migrants cherchant dans les steppes un peu plus d'air pur à respirer?

Maria de Seimners

Pourquoi tant de dépenses inutiles?

Quelques personnes bien intentionnées demandent aux citoyens agressés par des hausses inexplicables de leurs primes d'assurance maladie, de déposer plainte pour embouteiller l'appareil judiciaire. Mais avant d'embrigader les gens dans les méandres dangereux des

tribunaux, il vaudrait mieux poser les bonnes questions ouvertement sur la place publique.

Par exemple, pour ne citer que ce cas dont on parle beaucoup dans le Jura, il paraît qu'Helsana continue de verser fr. 4000.- par mois du Canada, à une clinique, pour une

La grande erreur

Renvoyer les Roms chez eux, c'est une excellente idée. Leur donner à chacun fr. 500.- c'est une grave erreur. En effet, leur retour triomphant après un voyage en avion, bien nourris, bien logés et bien rémunérés pour avoir été dociles, ils vont faire figure de héros dans leurs villages et cela va provoquer un appel d'air-d'air suisse.

Leur exode ne visera plus la France ou l'Allemagne, l'Italie ou l'Angleterre, mais notre petit pays qui est le plus généreux de tous. Ailleurs il n'y a pas de paiements humanitaires, pas de logement chauffés mais des lieux ouverts aux quatre vents, pas de distribution de bonne bouffe, mais l'obligation de mendier pour mal manger.

Pour l'instant, la Roumanie ne fait pas encore partie de l'U.E. Mais quand ce sera le cas, les Roms seront partout. Plus que tout autres, ils n'ont pas de mer à traverser dans des bateaux rouillés, et ils ont le voyage comme habitude et mode de vie. Paysans et communes rurales, préparez vous à voir vos terres piétinées et polluées, ou dépêchez vous de les clôturer.

Et vous, à l'OFAS, vous les organisations humanitaires, vous les églises, construisez des lieux d'accueil en nombre suffisant pour accueillir quelques millions de gens du voyage. Nous allons vers un avenir encore plus radieux que présentement.

Mary Meissner, Vernier

SD-Parolen für die Abstimmungen vom 24. November 2002

Die Schweizer Demokraten haben an ihrer Zentralvorstandssitzung vom 19. Oktober in Aarau folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 24. November beschlossen:

Referendum Arbeitslosenversicherungsgesetz: **Stimmfreigabe**

Initiative «gegen Asylmissbrauch»: **einstimmig Ja**

Beim Arbeitslosenversicherungsgesetz obsiegte in einer Eventualabstimmung Nein gegen Ja. In der Schlussabstimmung wurde knappe Stimmfreigabe beschlossen.

Bei der Initiative «gegen Asylmissbrauch» war die überwiegende Mehrheit der Redner

der Meinung, dass die Initiative viel zu wenig griffig und zu schwach sei, aber ein Ja immer noch besser als gar nichts sei. Die Versammlung beschloss deshalb einstimmig folgende Forderungen an den Bundesrat:

- Sofort rigorose Grenzschutzmassnahmen. Schluss mit den Haufen von nachts unbewachten Grenzübergängen.
- Der Bundesrat soll rechtliche Massnahmen ergreifen, damit eine private Firma beauftragt werden kann, die Rückschaffung von abgewiesenen und kriminellen Asylbewerbern durchzuführen, da der Bund dazu offenbar nicht fähig ist.

Dr. Dragan J. Najman, Grossrat, Pressechef SD Schweiz

Stopp dem Asylmissbrauch

Asylrechts-Missbrauch gefährdet unsere Sicherheit und kostet Milliarden

1. Fakten, Zahlen

Personen des Asylbereichs in der Schweiz (Ende Juni 2002) **93'000**

Personen mit «ausländerrechtlich» geregelter Aufenthalt (d.h. humanitäre und andere fremdenpolizeiliche Regelungen, seit dem Jahr 2000 aus der Asylstatistik herausgenommen!) **41'500**

Asylgesuche:

1. Hälfte 2001: 9223 1. Hälfte 2002: 11'843 d.h. Zunahme **+ 28,4 %**

• **Anerkennungsquote** (d.h. nicht einmal jeder zehnte Asylbewerber ist ein Flüchtling) **unter 10 %**

• **Illegale Einreise:** **rund 90 %**

www.schweizer-demokraten.ch

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

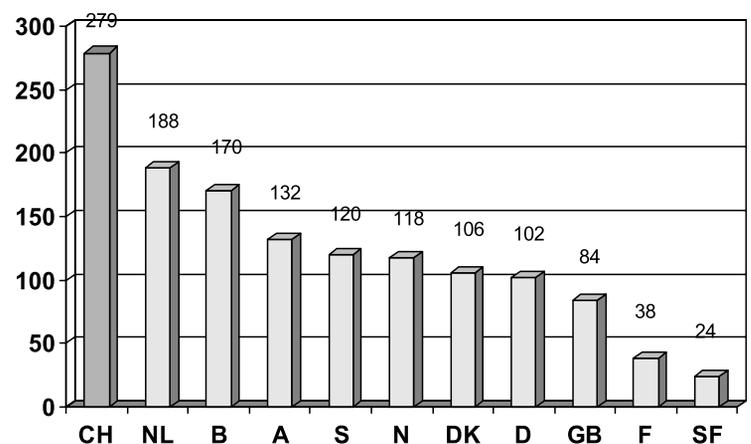
Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

• Anzahl Gesuche von 1994 bis 2001 (pro 10'000 Einwohner)

Schweiz:	279	Dänemark:	106
Holland	188	Deutschland:	102
Belgien:	170	Grossbritannien:	84
Österreich:	132	Frankreich:	38
Schweden:	120	Finnland:	24
Norwegen:	118	Italien:	?

Anzahl Asylgesuche auf 10'000 Einwohner aus Westeuropa

Asylgesuche 1994 bis 2001: Bevölkerung Stand Mitte 2001



Achtung: In D, F und GB werden Ehefrauen und Kinder im gleichen Dossier nicht einzeln als Asylgesuch gezählt.

Bundesamt für Flüchtlinge

Statistikdienst, Januar 2002

• Kosten in Milliardenhöhe

Bund rund 1 Milliarde Franken/Jahr!
zusätzlich zulasten Kantone / Gemeinden mehrere hundert Millionen
(Beschäftigungsprogramme, Psychiatrie, spezielle Betreuung für Rentente, Schulen, Spezialunterricht, zusätzliche Belastung der Infrastruktur, Polizei, Gerichte, Dometscher)

Asylmissbrauch:

Schluss mit leeren Versprechungen!

Jetzt muss das Volk handeln.

am 24. Nov.

JA
zur Volksinitiative
gegen Asylrechtsmissbrauch

Stoppt das Asylchaos

Am 24. November JA zur Asyl-Initiative



Unterlagen und Werbematerial für die Asyl-Initiative

Anzahl	Werbemittel	Anzahl	Werbemittel	Format
_____	SD-Flugblatt	_____	Plakat B4	89,5 x 128 cm
_____	SD Nr. 11/2002 (nur kleinere Mengen)	_____	Kleinplakat	A3 (29,7 x 42 cm)

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____

Bitte per Post, Fax oder E-Post senden an: SD, Postfach 8116, 3001 Bern, sd-ds@bluewin.ch, Fax 031 974 20 11